

Großangriff
auf alte Damen Seite 2



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 4 - 26. Januar 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Großangriff auf alte Damen
»Enkeltrick«-Betrüger gehören einer einzigen großen Roma-Sippe an **2**

Preußen / Berlin

Die Rache der Architekten
Berlin: »Experten« wollen die Umgebung des neu erbauten Schlosses zubetonieren **3**

Hintergrund

Dem Fiskus einen Schritt voraus
Trotz Jagd nimmt weltweite Steuerflucht zu **4**

Deutschland

Neue Liebschaft
DGB fühlt sich offenbar inzwischen der CDU näher als der SPD **5**

Ausland

EU-Frage entscheidet
Cameron zwischen EU-Gegnern und -Freunden **6**

Kultur

Leinen los für Santiano!
Die Musiker über Kähne, Konzerte, Karneval **9**

Geschichte

Dschihad an der Seite von Kaiser und Reich
Max von Oppenheim **10**



Verlierer dieses Rennens sind die Wähler und die Demokratie: Am Ende steht eine blassrote Einheitsfront

Bild: pa

Wettlauf nach links

Folgen der Niedersachsenwahl: CDU übernimmt weitere Inhalte von Grünen und SPD

Die Schlüsse, die die Parteien aus der Niedersachsenwahl ziehen, bringen bürgerliche Wähler in eine massive Zwangslage.

Für bürgerliche Wähler ist weniger das Ergebnis der Niedersachsen-Wahl an sich das Alarmierende. Es sind die Schlüsse, welche die Parteien aus dem Resultat von Hannover für ihre weitere Ausrichtung ziehen, vor allem die beiden großen.

Wie es aussieht, sind sowohl CDU wie SPD entschlossen, noch entschiedener auf einen linkspopulistischen Kurs zu gehen. Kanzlerin Angela Merkel mahnte in ihrer Wahlrede, Union und FDP müssten sich „breit aufstellen“ für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf. In der Sprache der CDU-Chefin bedeutet das: Die Union soll sich bemühen, noch mehr Inhalte von SPD und Grünen

an sich zu reißen, um rote und grüne Wähler herüberzulocken. Es zeichnet sich deutlich ab, was das im Einzelnen heißt. Nachdem bei Energiepolitik, Wehrpflicht oder der sogenannten „Lebensleistungsrente“ bereits linke Positionen übernommen wurden, soll es auch bei der gesetzlichen Frauenquote und dem Mindestlohn weiter nach links gehen.

SPD-Kanzleranwärter Peer Steinbrück sinniert derweil über staatlich befohlene Obergrenzen bei Mieten und Dispo-Zinsen. Er weiß, wie viele Bürger sich, oft gewiss zu Recht, über hohe Zinsen und Mieten ärgern. Doch selbst Sozialdemokraten war schon vor Jahrzehnten aufgegangen, was es bewirkt, wenn man den Mecha-

nismus freier Preisbildung nach Angebot und Nachfrage außer Kraft setzt: Das Angebot wird kleiner und schlechter, es entsteht ein Schwarzmarkt, sprich: Die Gesetze werden unterlaufen, wie bei tariflichen Mindestlöhnen schon zu beobachten. Die verrotteten Städte der DDR gaben Zeugnis darüber ab, was staatliche Mietpreisdeckelung am Ende bewirkt. Weil mit Vermieten nichts zu verdienen war, wurde kaum renoviert.

Steinbrück weiß das alles genau. Es ist reiner Populismus und der verzweifelte Versuch, den Geruch loszuwerden, ein „Mann der Banken“ zu sein, der ihn veranlasst, sein Wissen zu verleugnen. Zudem will er versuchen, eine derart nach links ausgreifende CDU auf diese

Weise noch weiter links zu überholen.

Und die FDP? An der steuerpolitischen Front (Bekämpfung der kalten Progression, mehr Netto vom Brutto) hat sie ihre Forderungen längst aufgegeben, in der Euro-Krise fährt sie im Hauptstrom mit. So lässt die Partei ihre Kernklientel der Sparer und Steuerzahler im Regen stehen. Dessen ungeachtet wurde die FDP von strategisch entscheidenden CDU-Stammwählern über die Schwelle getragen. Das Auftrumpfen von Philipp Rösler, der durch keinerlei inhaltliches Profil von sich reden macht, zeigt, wie die Freidemokraten diesen Scheinerfolg missverstehen: Als Aufruf zum „Weiter so“.

Bürgerliche Wähler werden es im September schwer haben, ihr Kreuz zu machen. Sie stehen zunehmend allein vor einer blassroten Einheitsfront. *Hans Heckel*

SPD entdeckt nun Preisobergrenzen à la DDR

JAN HEITMANN:

Tore der Hölle

Es ist ein riskanter Alleingang, auf den sich Frankreich in Mali eingelassen hat. Obwohl Kampfunterstützung seitens der Nato-Partner nicht in Sicht ist, hat die französische Regierung das offizielle Ziel der Militäroperation hoch gesteckt: Das vollständige Ende jeder islamistischen Kontrolle über alle Teile des Landes. Ein Ziel, das unmöglich zu erreichen ist, denn die islamistischen Gruppen sind über die Landesgrenzen hinweg vernetzt, wie die Massenentführung auf den algerischen Ölfeldern eindrucksvoll gezeigt hat. Tatsächlich geht es Paris auch eher um die Kontrolle über die Rohstoffquellen. So gilt Mali beispielsweise als Schlüssel zum Niger mit seinen reichen Uranvorkommen, auf welche die französische Nuklearindustrie als Weltmarktführer angewiesen ist.

Ginge es Paris tatsächlich um die Bekämpfung des Islamismus, hätte es sich nicht an der Beseitigung des libyschen Machthabers Muammar Gaddafi beteiligt. Denn der hat, ebenso wie seine „Kollegen“ in Kairo und Tunis, in der Region jahrzehntlang für Stabilität gesorgt. Würde er gestürzt, würden sich „die Tore der Hölle öffnen“, warnte er noch kurz vor seinem Ende, denn die Islamisten würden das durch den Arabischen Frühling entstehende Machtvakuum nutzen, um ihren unheiligen Krieg auszuweiten und diesen mit kriminellen Machenschaften wie Lösegelderpresung zu finanzieren. Der Prophet ist tot, doch seine Vorhersage hat sich als richtig erwiesen. Die Islamisten sind auf dem Vormarsch, nachdem es ihnen gelungen ist, Clans und Stämme auf ihre Seite zu bringen, und die Kidnapping-Industrie blüht. Die Tore der Hölle sind weit aufgestoßen. Ein paar tausend Elitesoldaten werden nicht mehr reichen, sie wieder zu schließen.

Streit um Benesch-Dekrete

Vergangenheit holt bei Wahlkampf Tschechische Republik ein

Auch wenn das Thema Vertreibung der Sudetendeutschen für die tschechische Präsidentschaftswahl am Sonntag nicht ausschlaggebend sein dürfte, so offenbarte der hierzu im TV-Duell entbrannte Streit doch, wie in dem Land mit der eigenen Vergangenheit umgegangen wird. Es begann damit, dass Präsidentschaftskandidat Milos Zeman, der einst die Sudetendeutschen als „fünfte Kolone Hitlers“ bezeichnet hatte, seinen Gegenkandidaten Karl Schwarzenberg dafür kritisierte, dass er sich seit langem für eine offizielle Entschuldigung bei den Sudetendeutschen stark mache. Dieser erwiderte, dass die Vertreibung dieser Volksgruppe

nach gegenwärtigen Maßstäben eine „grobe Menschenrechtsverletzung gewesen sei“. „Heute müsste sich die Regierung von Präsident Benesch wahrscheinlich in Den

Vertreibung verletzte Menschenrechte

Haag dafür verantworten“, so der einem böhmisch-fränkischen Adelsgeschlecht entstammende tschechische Außenminister weiter.

Unter Eduard Benesch waren nach dem Zweiten Weltkrieg rund drei Millionen Sudetendeutsche, die seit jeher auf dem zu dem Zeit-

punkt zur Tschechoslowakei gehörendem Territorium lebten, enteignet, entrechtet und brutal vertrieben worden. Die Dekrete, die dies gesetzlich legitimierten, existieren bis heute, werden nur nicht mehr angewendet.

Schwarzenbergs Kritik an der Vertreibung brachte allerdings nicht nur Zeman auf, der sich im Recht sah, sondern auch Noch-Präsident Václav Klaus griff den Außenminister persönlich an, denn dieser kritisierte die Nachkriegsordnung. Dabei hat sich Schwarzenberg nicht für eine Rückgabe des Eigentums an die Deutschen ausgesprochen, sondern nur eine Entschuldigung als Zeichen der Versöhnung gewünscht. *Bel*

London soll für Folter zahlen

Ehemaliger Wehrmachtssoldat klagt Entschädigung ein

Der ehemalige Wehrmachtssoldat Gerhard Menzel fordert von der britischen Regierung eine Entschädigung für Misshandlungen, die er in britischer Haft erlitt. Wenzel ist der letzte überlebende Insasse des britischen Internierungslagers Bad Nenndorf unweit von Hannover. Hier unterhielt der militärische Geheimdienst von 1945 bis 1947 ein Verhörtzentrum, in dem vor allem Funktionäre der NSDAP, SS-Angehörige, Diplomaten, Industrielle, Großgrundbesitzer und Offiziere der Abwehr einsaßen. Mit Beginn des Kalten Krieges kamen Personen hinzu, die des Kommunismus oder der Spionage für die Sowjetunion verdächtigt wurden. Zur letztgenannten

Gruppe gehörte auch der 1946 in Hamburg verhaftete Menzel.

Die Zustände in dem Geheimgefängnis waren unmenschlich. Vernehmungsoffiziere und Wachen

Zustände im Lager waren unmenschlich

schikanierten die Gefangenen und erpressten die erwünschten Aussagen durch schwere Misshandlungen, Hunger und Vernachlässigung. Von den knapp 400 Insassen starben mehrere durch Folter, Hunger, Erschöpfung und Selbstmord, viele erlitten bleibende Schäden. Als der Skandal im Frühjahr 1947 öffentlich

wurde, kam es in London zu einem Prozess gegen die Lagerleitung und Verhöroffiziere, der allerdings überwiegend mit Freisprüchen endete. Das Verhörtzentrum wurde unverzüglich geschlossen. Menzel hofft nun nach dieser frühen Genugtuung auf späte Wiedergutmachung. Er gibt an, 16 Tage lang mit Methoden gefoltert worden zu sein, die auch bei der Gestapo üblich gewesen seien. Die Verhandlungen zu seiner Entschädigungsklage, der ersten Klage dieser Art überhaupt, sollen im Februar beginnen. Der mittlerweile 89-jährige Menzel hofft auf Unterstützung seitens des britischen Premierministers David Cameron. Denn den hält er für einen „wahren Gentleman“. *J.H.*



MELDUNGEN

Steinbach
erneut nominiert

Frankfurt am Main – Die erneute Nominierung von Erika Steinbach (CDU) als Bundestagsabgeordnete ihres Wahlkreises Frankfurt am Main für die Bundestagswahl im Herbst fand weit über die Grenzen des Wahlkreises hinaus große Aufmerksamkeit. Steinbach, die seit 23 Jahren im Bundestags sitzt, gilt als eine der letzten verbliebenen Konservativen in der CDU und ist zugleich Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV). Da sie zwei Kontrahenten in ihrem Wahlkreis hatte, die nicht ohne Chance waren, da einige im Wahlkreis sich von Steinbach vernachlässigt fühlten und andere meinten, Steinbach sei mit 69 Jahren zu alt oder würde nicht die moderne Großstadt-Union repräsentieren, gab es spannende Debatten. Doch Steinbachs Bewerbungsrede überzeugte, denn in der Stichwahl mit einem ihrer Gegner erzielte sie 83 Stimmen, er nur 65. Zudem hatte einer ihrer Befürworter an die Vernunft der CDU-Mitglieder appelliert: „Wir brauchen die Erfahrung von Erika Steinbach. Wir brauchen auch das Klientel, das hinter dem Bund der Vertriebenen steht.“ *Bel*

Ein Herz für
Linksextremisten

Berlin – Eine Großspende in Höhe von 115 000 Euro des in Wilhelmshaven lebenden mecklenburgischen Adelsprosses Conrad von Pentz hat den Blick der Öffentlichkeit auf die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD) gelenkt. Zusätzlich konnte die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte Partei 2012 594 637 Euro an Kleinspenden einsammeln. Insgesamt verfügt die MLPD somit über 5,3 Millionen Euro. Da die Partei insgesamt nur 2300 Mitglieder zählt, ist sie, gemessen an ihrer Mitgliederzahl, die reichste Partei in Deutschland. Bei der letzten Bundestagswahl erhielt die MLPD 30 000 Stimmen. Alle Parteien zusammengenommen erhielten 2012 nur 1,3 Millionen Euro an Großspenden. *Bel*

Die Schulden-Uhr:
Lernen von
Griechen

Die Kritik seitens der Berliner, Berlin nehme im bundesdeutschen Länderfinanzvergleich eine ähnliche Rolle ein wie Griechenland in der Euro-Gemeinschaft, haben diverse Hauptstadtpolitiker offenkundig als Lob und Ansporn interpretiert, diesem Vergleich noch gerechter zu werden. Wie sonst ist es zu verstehen, dass der für den „wirtschaftlichen und sparsamen Umgang der Verwaltungen mit den Haushaltsmitteln“ zuständige Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses Athen einen Besuch abstaten will, um sich „mit allen finanzrelevanten Themen der Stadt und der Region vertraut“ zu machen? 35 Parlamentarier und Referenten sollen im April in den Genuss der Vier-Tages-Reise kommen. *M.R.*

2.065.596.550.421 €

Vorwoche: 2.064.955.440.118 €
Verschuldung pro Kopf: 25.190 €
Vorwoche: 25.244 €(Dienstag, 22. Januar 2013,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Großangriff auf alte Damen

»Enkeltrick«-Betrüger gehören einer einzigen großen Roma-Sippe an

Der „Enkeltrick“ war ein herausragendes Thema der 7. Berliner Sicherheitsgespräche des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Hauptangriffsziel der Betrüger sind ältere Frauen. Die finanziellen Schäden haben längst einen mehrstelligen Millionenbetrag erreicht. Die seelischen Schäden für die Opfer sind unermesslich. Was der deutschen Öffentlichkeit weithin verschwiegen wird: Hinter dieser Form organisierter Kriminalität steckt eine einzige große Roma-Sippe, die europaweit agiert.

Die „Enkeltrick“-Betrugsfälle werden noch zunehmen, prognostizierte der stellvertretende Bundesvorsitzende des BDK, Ulf

Es werden Frauen
mit älter klingenden
Namen angerufen

Küch. Allein in Bayern sind die Fälle von Januar bis November 2012 gegenüber dem Vorjahr um 370 Prozent auf 1618 Straftaten gestiegen. Allein in Bayern wurden Opfer um drei Millionen Euro geprellt. Beim „Enkeltrick“-Betrug suchen die Täter in Telefonbüchern und im Internet gezielt nach älter klingenden Vornamen besonders von Frauen – sie können etwa Anneliese, Gertrud, Elfriede oder Margarete heißen. Die Anrufe bei den ausgesuchten Personen erfolgen immer aus dem Ausland – besonders aus Polen – damit sie für die deutsche Polizei kaum zurückverfolgbar sind. „Ich bin es“, sagt der Anrufer oder die Anruferin oft nur. Wenn ein Opfer dann etwa antwortet: „Bist Du es, Werner?“, weil es einen Verwandten zu erkennen vermeint, ist es oft schon überrumpelt. Die Täter geben sich als Enkel, sonstige Verwandte oder Bekannte aus, täuschen eine akute Notlage vor oder erzählen etwas von einer günstigen Gelegenheit zum Auto- oder Immobilienkauf. Sie bitten meist

um Bargeld, Schmuck oder andere Wertgegenstände. Wenn eine hilfsbereite ältere Person darauf hereingefallen ist, schicken die Anrufer „Geldabholer“ aus dem Inland los. Die betagten Opfer

werden nicht selten auch mehrmals angerufen, um den Druck auf sie zu erhöhen.

Der wohl beste Kenner der Methoden dieser niederträchtigen Betrüger, der Kölner Kriminal-

hauptkommissar Joachim Ludwig, erläuterte auf der BDK-Tagung, warum die Täter so oft Erfolg haben. Erstens rufen sie sehr viele Menschen an, es können hundert Anrufe am Tag sein – bei

zweien haben sie dann vielleicht Glück. Zweitens suchen sie sich bewusst alte Menschen aus – diese können vielleicht schon etwas dement sein; viele sind über 80 Jahre alt. Ludwig verwies auch auf wissenschaftliche Erkenntnisse, wonach eine bestimmte Gehirnregion (die anteriore Insula), die für die Bewertung von Risiken und das Entstehen eines „mulmigen Bauchgefühls“ eine Rolle spielt, bei älteren Menschen weniger aktiv ist. Dadurch können sie vertrauensseliger werden. Niemand solle glauben, betonte Ludwig, dass er nicht auch im Alter zum Opfer werden könne. Für die Opfer sei es oft besonders schlimm, wenn sie nach einem gelungenen Betrug als „dumm“ angesehen würden. „Nach Anruf Selbstmord“ war ein Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ überschrieben. Darin wurde über den Fall einer 90-Jährigen berichtet, die ei-

nem Täter 20 000 Euro ausgehändigt hatte – ihr gesamtes Vermögen. Als sie des Betruges gewahr wurde, erhängte sie sich aus Scham und Verzweiflung.

Auch Ludwig erwartet noch eine Zunahme der „Enkeltrick“-Betrugsfälle. Dies schon wegen der demografischen Entwicklung – es wird immer mehr Ältere geben. Für den Erfolg dieser dreisten Betrüger ist aber auch wesentlich, dass sie alle einem bestimmten großen Roma-Clan angehören. Ludwig sprach von etwa 1000 Personen. Alle „Enkeltrick“-Betrugsfälle in Europa gehen von diesem mafiös strukturierten Netzwerk verwandtschaftlich miteinander verbundener Roma-Familien aus. Ludwig zeigte ein

90-Jährige
beginnt aus Scham
Selbstmord

Foto von Mitgliedern des Clans bei einem Festbankett in Posen, auf dem sich die Tische zu biegen schienen. „Ich kenne sie alle“, erklärte Ludwig. Nur beweisen kann er ihnen meistens nichts. Ohne Vorratsdatenspeicherung oder wenigstens einheitliche Datenspeicherung von Netzbetreibern habe die Polizei so gut wie keine Chancen, den Tätern auf die Spur zu kommen.

Ludwig attestierte ihnen eine „gewisse Schwarmintelligenz“. Sie würden die eingeschränkten Ermittlungsmöglichkeiten der Polizei genau kennen. Handys würden oft gewechselt, es gebe abgeschottete Kommunikationskreise. In einer Woche könne es 20 Tatorde geben – doch die Polizei vor Ort könne den Zusammenhang nicht erkennen und schon gar nicht beweisen. Die Täter würden auch genau das Verhalten der Justiz kennen. Wenn jemand eine Bewährungsstrafe bekomme, werde er danach in einem anderen Land aktiv, etwa in Österreich oder der Schweiz. *Michael Leh*



„Hallo, ich bin es“: So beginnen die meisten der „Enkeltrick“-Anrufe

Bild: pa

Reformen als Ziel

»Open Europe Berlin« kritisiert die EU, um Europa zu stärken

Am vergangenen Freitag veranstaltete „Open Europe Berlin“, das sich als „eigenständige deutsche Denkfabrik mit europäischer Ausrichtung“ sieht, um „grundlegende Reformen“ in der EU zu befördern, sein erstes europapolitisches Kolloquium. Die Gründung von „Open Europe Berlin“ im Oktober letzten Jahres im Hotel de Rome hatte großes Aufsehen erregt. Auch diesmal hatten die Veranstalter einen besonderen Ort gewählt: die Heilig-Geist-Kapelle, das älteste noch erhaltene Gebäude von Berlin. Heute ist der gotische Bau Bestandteil der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Er wird nur bei besonderen Anlässen benutzt.

Am Anfang der Veranstaltung war die Spannung fast greifbar: Würden die hohen Erwartungen, die bei der Gründung geweckt worden waren, erfüllt werden? Dass dies der Fall sein würde, versprach schon die hochkarätige Besetzung des ersten Podiums. Leszek Balcerowicz, polnischer Wirtschaftswissenschaftler und liberaler Politiker aus Warschau, konstatierte, dass mit fortschreitender Krise das „politische Theater“ zunehmen würde: Schaufensterreden, Schaufensterentscheidungen, Schaufenstermanöver. Er warnte

eindringlich: Die Gesetzesangleichung in Europa sei bereits weiter fortgeschritten als in den USA. Die Erwartung an eine europäische „Harmonisierung“ als Problemlöser würde unweigerlich zu Frustrationen führen.

Lord Leach of Fairford, Vorsitzender von „Open Europe“ in London, verwies auf die starken kulturellen Bindungen, die es in Europa gäbe, die eine gute Grundlage sein

Europäische Identität
ist eine Kopfgeburt

könnten. Jedoch hätte der Vereinigungsprozess bisher nicht zu einem Verlust an Demokratie geführt. Besonders bedenklich sei in diesem Zusammenhang die fortgesetzte Vertragsverletzung in der Euro-Rettungspolitik.

Christian Kirchner, Rechtswissenschaftler an der Humboldt-Universität Berlin, stellte fest, dass der viel gerühmte „Fiskalpakt“ jenseits vom Lissabon-Vertrag als höheres europäisches Gesetz ausgehebt werden kann. Jedes Mitglied des Fiskalpaktes könnte sich so unheimen Sparmaßnahmen entziehen. Und die in Paris lebende Verwaltungswissenschaftlerin Jo-

hanna Möhring wies am Vorabend des 50. Jahrestages des Deutsch-Französischen Freundschaftspaktes darauf hin, dass die Beziehung eher oberflächlich geblieben sei.

Fazit: Man kann keine gemeinsame Identität zwischen verschiedenen Völkern schaffen. Die sogenannte europäische Identität ist eine Kopfgeburt von Eurokraten. Europa kann nur von unten nach oben aufgebaut werden, indem man verschiedene Optionen zulässt und durch Wettbewerb herausfindet, welche optimal ist.

Im zweiten Podium, bei dem es um Bankenunion, Fiskalunion und den Euro als Integrationsmotor ging, kamen noch einmal alle Fakten auf den Tisch, die gegen die „alternativlose“ Euro-Rettungspolitik sprechen. Und es wurde deutlich, dass Europa auf dem Weg in eine Transfersgesellschaft mit vereinheitlichten Pensionen, Steuererhöhungen, Eurobonds sowie Arbeitsmarkt- und Bankenregulierung ist. Die Einheitswährung soll in eine politische Union münden. Dieses politische Projekt widerspricht aber der europäischen Geschichte. Es werde Europa nicht stärker, sondern schwächer machen. Über diese Gefahr aufzuklären, um sie zu verhindern, hat sich „Open Europe Berlin“ auf die Fahnen geschrieben. *Vera Lengsfeld*

Verluste häufen sich

Medienbeteiligungen machen SPD keine Freude

Es gab Zeiten, da haben Union und FDP die SPD um ihre Medienbeteiligungen beneidet. Inzwischen jedoch dürften genau diese Schadenfreude beim politischen Gegner auslösen. Statt die Vorteile für sich zu nutzen und über die SPD-eigene Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (DDVG) die Berichterstattung über sich zu

beeinflussen, erzählten die jeweiligen Chefredakteure den Sozialdemokraten regelmäßig etwas von Pressefreiheit. So lange die Gewinne sprudelten, war dies für die SPD noch hinnehmbar, doch derzeit dominieren Verluste.

Während völlig ungewiss ist, was aus der „Frankfurter Rundschau“ („FR“) wird, an der die DDVG samt Druckhaus zu 40 Prozent beteiligt ist, gibt es bereits das nächste Sorgenkind. Zwar gibt es bei der „Westfälischen Rundschau“ anders als bei der „FR“ keinen Antrag auf Insolvenz, doch das liegt nur daran, dass die in Dortmund beheimatete Tageszeitung aus der WAZ-Mediengruppe rechtzeitig dicht gemacht wird. Der Essener Medienkonzern will die sich inzwischen auf 50 Millionen Euro be-

laufenden Verluste, die die „Westfälische Rundschau“ in den vergangenen drei Jahren gemacht hat, nicht mehr hinnehmen, und streicht 120 Stellen in der Redaktion. Zwar soll es den Titel noch weiter geben, doch der allgemeine Teil soll von anderen Tageszeitungen der WAZ-Gruppe übernommen werden, der regionale Teil von



Neues Sorgenkind

den zuvor als Konkurrenz gesehenen „Ruhr Nachrichten“ beilegt werden.

Die DDVG fühlt sich jedoch von den Plänen der WAZ-Gruppe übergangen, schließlich hält sie 13,1 Prozent der „Westfälischen Rundschau“ und wurde über die Pläne spät informiert und war im Grunde an der Umstrukturierung nicht beteiligt. „Die Entscheidung der WAZ ist nicht plausibel nachvollziehbar und erweckt den Eindruck einer seelenlosen Redaktionsklemptnerie“, klagte SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks. Zudem zeichnet sich ab, dass die schlechte Nachricht, die der Insolvenzverwalter der „FR“ demnächst für die DDVG erheben wird, den Unmut in der SPD erhöhen wird. *Rebecca Bellano*

Abzocke statt Fürsorge

Von THEO MAASS

Rund fünf Jahre ist es her, dass die betroffenen Bewohner des Berliner Innenstadtbereichs Wilmerdorf-Charlottenburg ihren rot-grün dominierten Bezirkspolitikern bei einem Bürgerbegehren über eine Ausweitung von gebührenpflichtigen Parkzonen eine heftige Abfuhr erteilten. Fast 87 Prozent der Bürger lehnten den Vorstoß ihrer Volksvertreter ab, seither war Ruhe in dem Stadtteil.

Mit dieser Ruhe könnte es bald aus sein, denn nun ist der Senat – also die Landesregierung – in der Sache aktiv geworden. Der zuständige Senator Michael Müller kommt von der SPD. Sein oberster Verkehrsplaner, Friedemann Kunst, will gleich einen ganz großen Schluck aus der Pulle nehmen. Im gesamten Bereich innerhalb des weitläufigen Berliner S-Bahn-Rings will er die parkenden Autofahrer abkassieren. Vorbild sei die Stadt München – dort regieren schon seit Menschengedenken die Sozialdemokraten.

Allerdings liegt die Entscheidung über „Parkraumbewirtschaftung“ bei den Bezirken. In Neukölln scheint der populäre SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky schon zu wissen, warum in seinem Herrschaftsbereich bislang keine Parkraumbewirtschaftungszonen ausgewiesen sind. Die Bürger wollen das nicht.

Offenbar ist die Einführung solcher Zonen nur gegen den Volkswillen machbar. Dazu gehört eine Portion Dreistigkeit. Die meisten Zonen gibt es bislang in Pankow, Mitte (beides im Ostteil) und Charlottenburg-Wilmersdorf. Doch die Gegner dieser Abzocke haben mächtige Verbündete: Die Industrie und Handelskammer (IHK) und der ADAC sind strikt dagegen.

Der eigentliche Grund für die neuen Abgaben ist für die Bürger nur allzu durchschaubar. Es geht nicht um mehr Fürsorge für Parkplatz suchende Autofahrer, sondern nur um die Auffüllung der kommunalen Finanzen. Bei Hartz-IV-Empfängern, Arbeitslosen oder Asylbewerbern ist nichts zu holen. Kassieren kann man nur noch dort, wo die Bürger noch ein paar Scheine in der Brieftasche haben.

Zum Beispiel bei den Autofahrern: Kfz-Steuer, Mineralölsteuer, Autobahnmaut (bisher nur angedacht) oder Mehrwertsteuer (beim Erwerb eines Wagens, Reparaturen oder der Anschaffung von Zubehör) – überall werden die Automobilisten gemolken. Kein Wunder, dass sie davon die Nase voll haben. Dass die Münchener sich klaglos damit abgefunden haben, heißt indes nicht, dass das in Berlin auch so sein muss. Berliner, das beweist die Geschichte ebenso wie jeder Besuch in der Hauptstadt, eignen sich nicht zum Bravsein. Dem Senat steht wohl Ärger ins Haus.

Die Rache der Architekten

Berlin: »Experten« wollen die Umgebung des neu erbauten Schlosses zubetonieren



Nach jahrelangem Streit und intensiver Planung schreitet der Bau nun zügig voran: Gründungsarbeiten am Berliner Humboldtforum

Bild: Caro

In Berlin bricht neuer Streit um das im Aufbau befindliche Schloss aus, ein Residenz der Hohenzollern. Politik und Bürger unterliegen im entscheidenden Wettbewerb um die Gestaltung des Schlossumfeldes den „Experten“: Der siegreiche Architektenentwurf sieht versiegelte Flächen vor. Einmal mehr spart Berlin sich das Grün, setzt auf vermeintlich modernere, vor allem pflegeleichte Betonarchitektur.

Berlins zentrales kulturelles Aufbauprojekt, die Teilrekonstruktion des Schlosses als Humboldtforum, steht vor einem „wunderbaren Problem“. So sah es jedenfalls der Förderverein Berliner Schloss noch kürzlich: „Es gibt nichts bahnbrechend Neues mehr.“ Das Wunderbare daran: Das Projekt scheint politisch endgültig durchgesetzt.

Entsprechend freuten sich die Schlossbefürworter. Im Juni starteten die Gründungsarbeiten. Im Oktober übernahm Bundespräsident Joachim Gauck die Schirmherrschaft über die Stiftung Humboldtforum als Bauherrin und Eigentümerin. Damit schien das von der Stiftung als „kulturelles Jahrhundertprojekt“ bezeichnete Werk auf dem besten Wege, als glanzvoller Schlussstein die Museumsinsel zu krönen und zugleich die am schmerzlichsten klaffende Wunde in Berlins historischen Mitte zu heilen.

Das Internet gewährt über Kameras ständig aktuellen Einblick: Erdwälle sind ausgehoben, schweres Baugerät ist vor Ort. In das Projekt nach dem

Entwurf des Architekten Franco Stella kommt sichtbar Bewegung nach jahrelangem Stillstand.

Inzwischen ist jedoch neuer Streit um das Schloss entbrannt. Es geht um das Umfeld des Schlosses: Die finanziell angeschlagene Hauptstadt droht nach einem neuen Wettbewerb zur Gestaltung der Schlossumgebung an entscheidender Stelle zur Steinwüste zu verkommen. Der Entwurf des siegreich aus einem Jury-Wettbewerb hervorgegangenen Berliner Architekturbüros BBZ Timo Hermann wird dem Anspruch eines „kulturellen Jahrhundertprojekts“ jedenfalls kaum gerecht, setzte sich aber unter rund 40 Bewerbern durch.

Statt Grünflächen mit Wegen, wie es die unterlegenen Hamburger Planer des Büros WES vorsahen, legten die Sieger ein puristisches Konzept vor. Das gilt für die Seite zum Lustgarten wie für den südlichen Vorplatz. Der zeigt künftig fast nur Stein bis auf eine Baumgruppe in Anlehnung an frühere Bebauung. Überweite Steinbänke sollen angeblich zum Verweilen einladen. Eine Trauerweide an der Spree bildet darüber hinaus das einzige Grün.

Dem Schlossprojekt droht so die späte Rache der an der Moderne statt am Wiederaufbau interessierten Architekten. Entsprechend klar trennten sich beim Wettbewerb die Lager: „Architekturexperten“ triumphierten über die Politiker. Letztere bevorzugten

mehrheitlich den Entwurf von der Elbe. „Es wurde deutlich, wie zerrissen wir waren“, sagte ein Jurymitglied später. Die Politik bezog beim aktuellen Wettbewerb den eigentlichen Schlossplatz westlich des Baus zwar mit ein, doch Entwürfe seiner späteren Gestalt lieferten weder Wettbewerber noch Politik.

Das liege an der bereits ohne Rücksicht auf die Umfeldpläne erbauten neuen Spreebrücke, befürchtet der Vorsitzende des Fördervereins, Wilhelm von Boddien. „Senatsbaudirektorin Regula Lüscher will hier die Rückkehr des Schlossbrunnens, auch Neptunbrunnens genannt, vor das Schloss verhindern“, so der langjährige Motor des Wiederaufbaus gegenüber der PAZ. Lüscher lobte den Siegerentwurf denn auch als „eine Arbeit, die sich zeitgenössisch mit den historischen Spuren auseinandersetzt und zum Lustgarten vermittelt“ – den Schlossplatz erwähnte sie mit keinem Wort.

Die großflächige Versiegelung von Flächen setzt sich jedenfalls als Trend in Berlins jüngsten Bauprojekten fort. Während die federführende Stiftung Humboldtforum im Ausland ausgerechnet auf der grünen Insel fragt, ob „die Rekonstruktion von verlorenen Gebäuden: das Berliner Schloss als Modell für Irland?“ taugt, soll sich Berlin an einem seiner wichtigsten Schauplätze zur Steinwüste verwandeln.

Nicht bloß am Schloss prägen versiegelte Großflächen bei öffentlichen Neugestaltungen Gebiete, die einst grün waren. Am Tauentzien wichen Blumenbeete und aufwendiges Grün dunklen Eiben in pflegeleichter Granitfassung. Selbst am Kurfürstendamm, der Flaniermeile des Westens der Stadt, schaffte die Stadt Pflanzschalen ab. Bäume und Stadtgrün vertrocknen in vielen Bezirken. Landschaftsgärtnerisch obsiegen vielerorts Steinlösungen, weil sie billig zu unterhalten sind.

Am Potsdamer Platz und wo sonst noch Mängel an öffentlichen Grünanlagen auftreten, schaffen oft nur private Gewerbetreibende oder Vereine Abhilfe. Der Verzicht aufs Grün ist daher mehr als ein Modetrend, auch wenn im Fall des begrenzt ausgeschriebenen Schlossumfelds sogar die Politiker mehr Grün wollen und Nachbesserungen fordern. Der zweitplatzierte Entwurf mit mehr Rasenbereichen hat daher noch Chancen. Dieser Plan sieht zudem vor, den Schlossbrunnen wie früher vor das Schlossportal zu setzen. Beim Siegerentwurf fehlt das geschichtsträchtige Werk Reinhold Begas' ganz.

Der Sprecher für Stadtentwicklung in Berlins CDU, Stefan Evers, sieht die Debatte um die Gestaltung des Umfelds daher noch nicht als beendet an. Auch von Boddien sieht noch die Chance auf ein ansprechendes Umfeld, einschließlich Rossbändigern und anderem einst dort angelegten Figurenschmuck. *Sverre Gutschmidt*

Senatsbaudirektorin erwähnt das Schloss mit keinem Wort

gegenüber der PAZ. Lüscher lobte den Siegerentwurf denn auch als „eine Arbeit, die sich zeitgenössisch mit den historischen Spuren auseinandersetzt und zum Lustgarten vermittelt“ – den Schlossplatz erwähnte sie mit keinem Wort.

Pop plagiiert Redetext

Peinliche Enthüllung: Grüne schrieb bei schwarzer Konkurrenz ab

Eigentlich könnte Oppositionsführer im Berliner Landesparlament ein Traumjob sein. Das Erscheinungsbild des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) lädt förmlich zu Kritik ein.

Aber auch im Fußball schafft es ja manchmal der Elfmeterschütze nicht, das Leder im Netz zu versenken. Ramona Pop, Landesfraktionsvorsitzende der Berliner Grünen, hat dieses Beispiel aber nun noch weit übertroffen. Als die Oppositionsführerin im Berliner Abgeordnetenhaus in der vergangenen Woche ihren Misstrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister mit ihrer Rede begründete, setzte sie sich einem Plagiatsvorwurf der besonderen Art aus.

2011 hielt die Fraktionsvorsitzende der CDU, Julia Klöckner, im Landtag von Rheinland-Pfalz eine ganz ähnliche Rede. Kostprobe: „Bloß weil Sie in der SPD noch Pop von mir übernommen hat, nicht geklärt haben, wer auf Klaus

Wowereit folgt, glauben Sie, ihn noch als Regierenden stützen zu müssen“ (Pop 2013). „Allein schon weil die Nachfolgefrage nicht geklärt ist, glauben Sie, den Ministerpräsidenten im Amt noch stützen zu müssen“ (Julia Klöckner 2012).

Fast die gleiche Ansprache hielt eine CDU-Politikerin 2012

Robbin Juhnke, der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, kommentierte Pops Lapsus gegenüber dieser Zeitung: „Es zeigt, dass die Grünen in Berlin nicht mal oppositionsfähig sind.“ Auch Julia Klöckner machte sich im fernen Mainz über die Hauptstadt-Grüne lustig: „Für die Textteile, die Frau

gen von mir wegen der Urheber-schaft befürchten.“

Pop spielt die Kritik an ihrer Rede als „Ablenkungsmanöver“ von CDU und SPD herunter. Offenherzig bekannte sie, sich auch noch andere entsprechende Reden zum Vorbild genommen zu haben. Die Mitarbeiter hätten etwas „zusammengetragen“. Die Politikerin rühmte sich gar ihrer „neuen Ehrlichkeit“, weil sie ihr Plagiat eingeräumt hat. Unterstützung bekam Pop von der linken „taz“. Die Kritik an Pops mangelnder „Inspiration“ sei übertrieben: „Warum auch? Politik ist Ritual“, hieß es da verständnisvoll. Tatsächlich war der grüne Abwahl-antrag nicht nur schlecht begründet sondern auch politisch unklug, denn das erhoffte Resultat – eine Regierungsbeteiligung – lässt sich wohl kaum erreichen, wenn man die rot-schwarze Koalition durch derartige Maßnahmen noch näher zusammenrücken lässt. *Theo Maass*

Gute Nachbarn

Ausstellung zu »Preußen und Sachsen« 2014

Preußen und Sachsen. Szenen seiner Nachbarschaft“ ist eine Ausstellung vom 10. Mai bis 2. November 2014 im brandenburgischen Doberlug-Kirchhain betitelt. Anlass ist das 200. Jubiläum des Wiener Kongresses, auf dem Europa neu geordnet wurde.

Auf dem Schlossareal Doberlug hat – 2014 erstmals wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) lädt bereits ab März 2013 in Vorbereitung der Ausstellung zu einer monatlichen Vortragsreihe auf das Schloss ein. Ein Begleitprogramm mit Konzerten, Theater und anderen Initiativen aus der Region rundet das Programm ab. Der Eintritt ist mit 9 Euro (6 Euro ermäßigt) vergleichsweise teuer. Allerdings soll es günstige Sonderveranstaltungen für Schulklassen geben. *H.L.*

Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden. Bereits jetzt hat im Landkreis die Schulung von Fremdenführern begonnen, die die erwarteten Touristen fachkundig durch die Ausstellung führen sollen. Gleichzeitig wird das Schloss nach seiner Sanierung – die 13 Millionen Euro gekostet

Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) lädt bereits ab März 2013 in Vorbereitung der Ausstellung zu einer monatlichen Vortragsreihe auf das Schloss ein. Ein Begleitprogramm mit Konzerten, Theater und anderen Initiativen aus der Region rundet das Programm ab. Der Eintritt ist mit 9 Euro (6 Euro ermäßigt) vergleichsweise teuer. Allerdings soll es günstige Sonderveranstaltungen für Schulklassen geben. *H.L.*

Grüne gegen »Puff-Flatrate«

Die Berliner Grünen machen sich Sorgen wegen niedriger Löhne von Prostituierten. Nachdem die Partei ganz wesentlich daran beteiligt war, Prostitution als einen Beruf „wie jeden anderen auch“ gesetzlich gleichzustellen, steht nun der Dirnenlohn im Fokus ihres Interesses. Hierbei sind ihnen vor allem die beiden „Flatrate-Bordelle“ in Berlin ein Dorn im Auge. „Hier werden Frauen als billigste Massenware angeboten“, schimpft die Grünen-Abgeordnete Anja Kofbinger (53). „Es bringt ja doch kaum Gewinn, wenn ein Freier mit einer Prostituierten sechsmal aufs Zimmer geht und nur einmal zahlt. Daran verdient im Zweifel nur das Bordell.“ In „Flatrate-Bordellen“ zahlt der Kunde nur einmal und „darf“ dann, so oft er „kann“. Der Betreiber eines solchen Hauses, des „King George“, wehrt sich gegen die Vorwürfe: „Bei uns läuft alles rechtens.“ Und „sechsmal“, das sei bei den allermeisten seiner Kunden ohnehin illusorisch. *H.L.*

Zeitzeugen



Eduard Zwick – Der im rumänischen Bakova bei Temeschburg geborene und im Alter von 76 Jahren verstorbene ehemalige Bäderkönig aus Bad Füssing gilt als eine der schillerndsten Figuren in der Szene der Steuerflüchtlinge. Der Lebemann flüchtete nach einer Warnung seines Intimus Franz Josef Strauß in seine Villa im Tessiner Reichenstädtchen Lugano. Ein ihm zugesprochenes Bundesverdienstkreuz blieb in der Schublade. Hinterlassene Steuerschuld: 71 Millionen D-Mark. Sein Vermögen, das zeitweilig neben teuren Immobilien (wie einem Hochhaus in Genf und der großen Horseshoe-Ranch in Nevada) 500 Millionen Dollar betrug, hatte er vor allem in Briefkastenfirmen auf den englischen Kanalsinseln angelegt. Sein Berater Michel Horath half der Witwe Angelika bei der nur teilweisen Auffindung der Gelder und wurde dafür großzügig belohnt.



Heinrich Kieber – Der 1965 geborene ehemalige Mitarbeiter der liechtensteinischen LTG Treuhand AG wurde über Nacht zum Millionär. Für 4,6 Millionen Euro verkaufte er mehrere CDs mit Namen von Steuersündern an die deutschen Behörden und war damit der erste, der diesen neuen kriminellen Erwerbsszweig praktizierte. Unter anderem führte diese spektakuläre Aktion zur Entlarvung von Ex-Postchef Klaus Zumwinkel als Steuerhinterzieher. Er lebt unter falschem Namen und wird mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Peer Steinbrück – Der 66-jährige ehemalige Finanzminister und jetzige Kanzlerkandidat der SPD verschärfte die Gangart gegen die Steuerparadiese, besonders gegen die Schweiz und ihr Bankgeheimnis („Wir müssen nicht nur das Zuckerbrot, sondern auch die Peitsche benutzen“). Er sprach von Kavallerie und im Fall von Putins geplanter Steueroase in Sibirien von Panzern.



Helmut Horten – Der Kaufhausunternehmer (1909–1987) transferierte 1971 den Erlös von etwa 1,4 Milliarden D-Mark aus dem Verkauf seines Imperiums in die Schweiz und siedelte in den Tessin über. Mit dieser Transaktion begann die Jagd auf Steuersünder in der Schweiz und führte unter Federführung des Bonner Staatssekretärs Debatin zur sogenannten Lex Horten, die solche Transaktionen verhindern sollte.

Dem Fiskus einen Schritt voraus

Trotz Jagd nimmt die weltweite Flucht vorm Finanzamt zu

Das eine bedingt das andere: Je schärfer Staaten aus akuter Geldnot die Steuerschraube anziehen, desto größer wird der Wunsch, sein Geld in Sicherheit zu bringen – auch wenn die Luft vor allem in Europa inzwischen dünner geworden ist.

Die Hatz auf Steuerflüchtlinge hat wegen der knappen Kassen zugenommen. Doch die Karawane zieht nach dem Motto weiter: Weil es Steuerwüsten gibt, leben die Oasen. Und was der Finanz-Elite die Steueroase ist, wird für den kleinen Mann die Schwarzarbeit. Allein in Deutschland wird der Umsatz der Schattenwirtschaft auf 70 bis 300 Milliarden Euro Umsatz im Jahr geschätzt.

Die unterschiedlichen Steuersysteme in Europa begünstigen den Exodus der Gelder aus Krisenländern. Vor allem Griechen nutzten dies im vergangenen Jahr in zunehmendem Maß. Die Nachfrage nach teuren Immobilien in der Londoner City nahm sprunghaft zu. Ins benachbarte Bulgarien mit halb so hohen Steuersätzen wurden zahlreiche griechische Fir-

men umgesiedelt. Deutsche versuchten derweil aus der Fahndungsfalle Schweiz ihre Vermögen nach Ostasien umzulagern. Sofort verhandelte der deutsche Fiskus mit Singapur. Aber da gibt es noch Schlupflöcher in Hongkong, Labuan und im Pazifik.

Der ehemalige deutsche Finanzminister Hans Eichel (1999–2005) brachte es auf den Punkt: „Steuerflucht ist für manche Staaten in Europa ein Geschäftsmodell.“ So trug etwa in Zypern der niedrige Satz der Körperschaftsteuer maßgeblich dazu bei, dass der Finanzsektor des Inselstaates etwa ein Viertel der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmacht.

Jahrelang fuhr die Motorjacht „Imme“ für einen deutschen Unternehmer vom tunesischen Port el Kantaoui nach Malta. Der Grund: Der Skipper aus Bremen schaffte die in Nordafrika erwirtschafteten Schwarzgelder in die Sicherheit der kleinen Republik. Auch das ist Steuerflucht und

gleich zweimal: einmal aus Tunesien und zum anderen aus der Bundesrepublik. Zuverlässige Jachtkapitäne stehen in vielen Häfen zur allfälligen Verfügung. In Mailand existiert eine Organisation, die Gelder nach Lugano schafft. Der Hinterzieher liefert Bargeld ab und kann schon kurze Zeit später im Tessin über das Geld verfügen. Das Ausmaß im Fall Spaniens und Portugals wird anhand der Zahlen der Zentralbanken deutlich. Die Einlagen bei den Banken Spaniens sanken 2012 beispielsweise um 86 Milliarden, die Fluglinie dieser Zugvögel zielt auf die Schweiz.

Angeht es um weltweites Volumen der Fluchtgelder in Höhe von geschätzten 23 Billionen Euro ist es nur zu verständlich, dass sich die Beteiligten den Kuchen nicht von Finanzministern und Fahndern wegnehmen lassen wollen. In Indien wird derzeit gegen einen Unternehmer ermittelt, der 2,3 Milliarden Euro in die Schweiz

geschafft haben soll, die Provision für die Fluchthelfer dürfte entsprechend saftig gewesen sein. Also ersinnen sie stets neue Routen und Modelle. Unkontrollierte Schließfächer etwa sind bei den Eidgenossen längst Mangelware geworden.

Allerdings haben die klassischen Vorlagen trotz aller Trickereien ausgedient. Das bekamen vor allem die Schweizer Banken zu spüren. Deutschland und die USA nahmen die Eidgenossenschaft derart in die Zange, dass deren erzwungene Weißgeldstrategie den Finanzplatz schwächen dürfte. Die Politik dürfe nicht einfach dem Druck des Stärkeren nachgeben, klagen vor Kurzem Genfer Privatbankiers. Immerhin lagern in Helvetien zusammen mit den sogenannten Depots rund zwei Billionen Euro ausländischer Anleger. Es sind zwar nicht alles Fluchtgelder, aber die laufenden Attacken auf das Bankgeheimnis und die Daumenschrauben der US-Justiz verunsichern die Anleger und führten bereits zu Milliarden-Abflüssen.

Joachim Feyerabend

Von der Schweiz wandert das Geld nach Asien



Neue Wege gehen: Da Banküberweisungen für den Fiskus nachvollziehbar sind, wird Geld eben per Jacht verschifft

Bild: mauritius

Geschäftsmodell Steueroase

Russland lockt mit Sonderzonen gezielt Steuerflüchtlinge

Kanzlerkandidat Peer Steinbrück schäumte mal wieder. Schwere Kavallerie gegen Russlands Premier Wladimir Putin kündigte er an, falls er anstelle von Angela Merkel gewählt wird. Solch drastische Schritte hatte er schon einmal der Schweiz angedroht.

Die Einbürgerung des französischen Schauspielers Gérard Depardieu nach Russland ist für den SPD-Politiker Anlass, seine Doktrin der Drohung und Abschreckung erneut aus der Schublade zu holen. Depardieu jedenfalls hatte angesichts der immer weiter steigenden Staatsverschuldung die neue französische Reichensteuer satt, wie auch – neben anderen ins Ausland emigrierenden Wohlstandsbürgern – der Milliardär Bernard Arnault. Er gilt als Frankreichs reichster Mann und will sich in Belgien etablieren, wo es weder Reichensteuer noch Abgaben auf Aktienverkäufe gibt.

Und dieser Ärger der Upper Class ist nicht allein auf Frankreich beschränkt: Von England bis Griechenland sinnt die Elite darüber nach, wo sie ihre Milliarden vor dem gierigen Adler der klammen Regierung in Sicherheit bringen können. Immerhin haben nach Re-

cherchen des Nachrichtensenders Bloomberg 2012 Anleger aus Krisenstaaten mehr als 300 Milliarden Euro abgezogen und in ihnen sicherer scheinende Länder transferiert.

Grund genug für den heimlichen Zaren in Moskau, Lockvögel für die Reichen und Superreichen zu schaffen wie die Sonderwirtschaftszone Oblast Kaliningrad

Oblast Kaliningrad als russisches Hongkong

oder die sibirische Halbinsel Russki. Abchasien, die noch nicht anerkannte Republik unter dem Schutz der russischen Rechtshoheit in Georgien, will ebenfalls zu den „Bahamas“ des Ostens werden, zumal der Würgegriff auf die anderen bekannten Steueroasen im Westen immer fester wird. Schon 1991 sollte die Exklave Kaliningrad zum Hongkong Russlands aufgewertet werden, als sie Freie Wirtschaftszone mit weitreichenden Zoll- und Steuervergünstigungen wurde. 2006 wurde dieser Status gesetzlich verankert. Ausländische Investoren hielten sich allerdings zu-

rück, zu unsicher schien ihnen das Engagement, zu monströs die Bürokratie.

Nun kommt am östlichen Ende des russischen Riesenreiches eine neue Oase hinzu: Die Insel Russki, durch eine kühne Hängebrücke mit 1,88 Kilometer Länge mit Wladivostok verbunden. Eine Universität, ein Presse- und Konferenzzentrum sind im Bau. Parallel dazu erfolgt der Ausbau der Infrastruktur, so auch des Flughafens. Auch die anderen von Putin angeordneten Sonderzonen in den Moskauer Vorstädten Dubna und Selenograd sowie in St. Petersburg und im sibirischen Tomsk dienen als Lockvögel für Investoren. Dazu kommen Elabuga (Teilrepublik Tatarstan im Wolgabiet) und Lipzek in Zentralrussland. Hier gelten überall Zoll- und Steuerpräferenzen.

Steinbrücks Drohungen dürften die Schweiz noch getroffen haben, im Fall des selbstbewussten Putin, dem nach Ex-Kanzler Gerhard Schröder lupenreinen Demokraten, dürften sie aber ins Leere treffen. Depardieu war für Putin und seine Pläne ein lohnender PR-Gag, ebenso wie Brigitte Bardots Äußerung, Depardieu folgen zu wollen. J.F.

Steuerflucht aus »Notwehr«

Er wollte Präsident werden und zeigte stattdessen die Doppelzüngigkeit US-amerikanischer Politik auf: Mitt Romney lobte öffentlich den Segen globaler Steueroasen. Mit seiner Investmentfirma „Bain Capital“ soll er selbst ein Vermögen von rund 250 Millionen Dollar auf die Cayman-Inseln und nach Luxemburg am US-Fiskus vorbeigeschleust haben. Als Präsident der mächtigen Wirtschaftsmacht, deren Justiz gnadenlos Steuerflüchtlinge – vorrangig in der Schweiz – jagt, hätte er sich eigentlich selbst verfolgen müssen.

Romneys Masche hat Methode: Allein auf einer Steuersünder-CD aus Liechtenstein sollen die Namen von 46 politisch exponierten Personen gestanden haben. In Frankreich galt lange Jahre Steuerflucht als Nationalsport und als eine Art Notwehr gegen die Gier

Auch Politiker verstecken ihr Geld

des Fiskus. Schon vor der Wahl von François Hollande zum Präsidenten hatten 717 Vermögenssteuerpflichtige ihrem Land den Rücken gekehrt. Unter den heimlichen Geldschiebern befand sich auch Frankreichs derzeitiger Finanzminister Jérôme Cahuzac.

Griechenland schießt allerdings den Vogel ab. So geriet der ehemalige Finanzminister Giorgos Papakonsantinou in die Schlagzeilen. Das abgewanderte Geld, immerhin 1,2 Millionen Euro, soll zwei seiner Cousins gehören. Keiner glaubt's. Auch der frühere Verteidigungsminister Janinos Papantoniou musste zugeben, dass seine Frau über eine Million Euro in der Schweiz versteckt hat. Ermittlungen gegen die Politiker Evangelos Venizelos und Giorgos Papandreou stehen an. Wie viele Politiker aus Italien, Spanien und Portugal die Auslandskarte spielen, muss sich noch herausstellen. Macht die Schweiz eine früher geäußerte Drohung zur Veröffentlichung der Anlagen prominenter Politdeutscher wahr, dann ist mit allerhand peinlichen Überraschungen zu rechnen. J.F.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHEENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreussische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahltz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preussische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preussischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 1002

Neue Liebschaft

Deutscher Gewerkschaftsbund fühlt sich offenbar inzwischen der CDU näher als der SPD

Verwundert rieb sich mancher Sozialdemokrat die Augen, als bei der Bundesvorstandsklausur des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 15. Januar DGB-Chef Michael Sommer Bundeskanzlerin Angela Merkel herzlich und demonstrativ die Hand reichte. Bahnt sich da ein Flirt zwischen Arbeitnehmervertretern und Christdemokraten zu Beginn des Wahljahres an?

Schon im Vorfeld des Besuchs hatte der DGB-Chef die Kanzlerin auf allen medialen Kanälen gelobt und betont, wie sehr er sie schätze. Erstaunt hatte eine Journalistin des Deutschlandfunks gefragt, ob der DGB dieses Jahr eine Wahlempfehlung nicht wie traditionell für die SPD, sondern für die CDU aussprechen wolle. Konservative Christdemokraten bemerkten irritiert, wie weit nach links ihre Partei offenbar gerückt sei, wenn es ein so herzliches Einvernehmen zwischen den früheren Kontrahenten gäbe. Erstaunt reagierte auch Sozialdemokraten, die seit nunmehr 150 Jahren quasi als Zwillingsbrüder der Arbeitnehmerinteressenvertreter gelten. Immerhin fand die DGB-Tagung im Haus der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung statt, was die Parteistrategen aus dem nahen Willy-Brandt-Haus ins Nachdenken brachte. Fühlen sich die Arbeitnehmer inzwischen besser bei der CDU aufgehoben als bei der SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück?

Das gute Einvernehmen zwischen Gewerkschaftsboss und Kanzlerin geht vor allen Dingen, wie politische Beobachter registrierten, auf eine Charme-Offensive Merkels zurück. Sie besuchte nicht nur die

Feier zu Sommers 60. Geburtstag, sondern bemühte sich auch bei anderen Gelegenheiten um ein freundliches, persönliches Verhältnis zum Gewerkschaftsführer. Am Anfang ihrer Regierungszeit vertrat Merkel noch, schon auf Grund ihrer Erfahrungen mit den DDR-Gewerkschaften, das Konzept eines wenig regulierten Arbeitsmarktes. Aber seit ihrer Zusammenarbeit mit dem damaligen Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) zur Zeit der Großen Koalition (2005–2009) änderte sie langsam ihre Positionen. Geschickt nutzte Merkel zudem das gewerkschaftliche Trauma der Agenda-2010-Politik des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder, die zu einer tiefen Entfremdung zwischen DGB und Sozialdemokratie geführt hatte.

Die derzeitigen Koalitionspartner der Kanzlerin, die Freien Demokraten und die Christliche-Soziale Union, stellen die neue Liaison allerdings immer wieder vor erhebliche Probleme. FDP-Chef

SPD und CDU-Stammwähler in Alarmstimmung

Philipp Rösler forderte kürzlich in einem Positionspapier eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Prompt musste CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe dagegen halten, dass der Kündigungsschutz unantastbar sei, und der CDU-Vorstand forderte einen

gesetzlichen Mindestlohn. Demgegenüber mahnte Christine Haderthauer, Bayerns Arbeitsministerin, dass „gesetzliche Mindestlöhne Arbeitsplätze schlichtweg vernichten“ würden. Man solle es lieber den Tarifvertragsparteien überlassen, die Löhne „branchenspezifisch und regionenspezifisch“ festzulegen. In diesem Sinne votierte auch die CSU-Fraktion auf ihrer Klausur im Wildbad Kreuth. Man wolle „faire Löhne“ und eine Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern. Auch regional vereinbarte Lohnuntergrenzen sollten dann flächendeckend gelten. Kritik an diesen Vorstellungen kam naturgemäß von der bayerischen SPD, die sich derzeit im Landtagswahlkampf befindet. Spitzenkandidat Christian Ude mo-

nierte, dass die CSU konkrete gesetzgeberische Schritte gegen das Lohndumping blockiere, und der bayerische DGB-Chef Mathias Jena sprach von einem „Mindestlöhnchen“.

So harmonisch die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und der linken Christdemokratie derzeit zu sein scheinen, so schwierig gestaltet sich also das Verhältnis zur FDP. „Schwarz-Gelb haben bewiesen, dass sie es nun wirklich nicht können“, polterte der DGB-Chef im Sommer. Als handwerklich und inhaltlich schlecht disqualifizierte er die Regierungsarbeit, obwohl Ursula von der Leyen (CDU) für ihre Vorschläge zur Lebensleistungsrente gewerkschaftliches Lob eingeheimst hatte.

Wo die Fronten im anstehenden Bundestagswahlkampf liegen werden, wird unter der Hand immer klarer. Der DGB strebt die Auswechslung der FDP durch die SPD in der Regierungskoalition an. Das eineinhalbstündige Gespräch der Kanzlerin mit dem DGB-Vorstand über die Energiewende, das lebenslange Lernen, den Arbeitnehmer-Datenschutz und die Kriminalität in Altersheimen kloppte schon einmal das Terrain ab. „Problemorientiert“ und „sachlich“ sei das Gespräch gewesen, lobten die Teilnehmer. Auch wenn es noch strittige Themen gäbe, so betonte Merkel, wolle man noch in dieser Legislaturperiode in den Fragen der Altersarmut, Mindestlöhne und der Regulierung der Zeitarbeit weiterkommen. Unter dem Strich zeigte sich jedenfalls, dass für die Gewerkschaften eine CDU-Kanzlerin schon lange kein Schreckgespenst mehr darstellt.

Hinrich E. Bues



Neue Kampfgenossen? Vor allem Arbeitsministerin Ursula von der Leyen umgarnt für die Merkel-CDU erfolgreich die Gewerkschaften. DGB-Chef Michael Sommer springt auf die Charme-Offensive an.

Bild: A. Schmidt/dapd

Schutz contra Bürgerrechte

Politik streitet um neues Gesetz zur Kameraüberwachung

Die Bundesregierung will ein neues Gesetz zum Schutz von Arbeitnehmern vor heimlicher Videoüberwachung auf den Weg bringen. Doch der Widerstand der Opposition ist stark: Sie kritisiert „mehr legale Überwachung“ und „Eingriffe in die Bürgerrechte“. Sicherheitsexperten fürchten indes, die Politik will die Neuregelung vor allem für Einsparungen bei der Polizei nutzen.

Nach dem im Dezember versuchten Sprengstoffanschlag in Bonn ist die politische Diskussion um mehr Videoüberwachung stärker geworden. Doch nicht Angst vor Islamisten treibt die Bundesregierung bei ihrem neuen Gesetzesentwurf zur Kameraüberwachung. Es entstand nach immerhin zwei Jahren Vorbereitungszeit. Am Mittwoch sollte es im Innenausschuss des Bundestages besprochen werden. Doch der Termin ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Zu brisant erschien die Frage kurz vor der Niedersachsenwahl.

Geht es nach dem Willen der Bürger, ist eine Debatte um mehr Videoüberwachung zumindest im öffentlichen Raum kaum nötig. Nach einer aktuellen Umfrage befürworten das 81 Prozent der Befragten. Das neue Gesetz soll jedoch vor heimlicher Überwachung am Arbeitsplatz schützen.

Die Regierung begründete ihr Vorhaben mit Fällen von Überwachung von Mitarbeitern bei der Deutschen Bahn, dem Lebensmittelkonzern Lidl und der Deutschen Telekom. Die Opposition lehnt das Papier ab, denn auch wenn heimliches Filmen verboten werden solle, würde doch zugleich legales Überwachen ausgeweitet, so deren Tenor. „Aus diesem Entwurf spricht nicht der

Opposition will keine Kameras am Arbeitsplatz

Geist der Bürgerrechte“, sagte Grünen-Politikerin Renate Künast. Wie sich aber Geschäftsinhaber ohne eine Klärung der Rechtslage noch mit legalen Mitteln gegen Ladendiebstahl wehren können, dazu schwieg die Opposition. Die CDU hingegen betont, der Entwurf des Innenministeriums, der laut CDU-FDP-Koalition ursprünglich noch im Januar den Bundestag passieren sollte, untersagt eindeutig jede heimliche Überwachung. Der Schutz gehe somit weiter als die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts. Dort waren im Juni noch heimli-

che Aufnahmen in einem unmittelbaren Verdachtsfall für rechtmäßig erklärt worden. Die Regierung will künftig Kamerabilder nur im Rahmen von Zutrittskontrollen, zum Schutz des Eigentums oder zur Sicherheits- und Qualitätskontrolle zulassen – bei Korruptionsbekämpfung nur bei konkretem Anlass. Verstöße sollen als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

Nicht nur bei der Opposition und bei dem Gewerkschaftsbund DGB stoßen diese Pläne, Überwachung klar zu regeln, auf grundsätzliche Ablehnung. Auch linken Aktivisten ist gegen jede Form der Videoüberwachung, vor allem im öffentlichen Raum. In Berlin rufen linke Aktivisten in einer Aktion derzeit zur Kamerazerstörung auf, bisher mit geringem Echo. Damit soll gegen den europäischen Polizeikongress, der im Februar in Berlin stattfindet, protestiert werden.

Doch nicht nur im öffentlichen Raum, auch bei der Kameraüberwachung an manchem Arbeitsplatz könnten neue Gesetzesinitiativen vor allem eines einleiten: weitere Einsparungen bei der Polizei. Das jedenfalls befürchten Polizeigewerkschafter. Die Regierung kann jedenfalls aus der Vertagung keinen Nutzen mehr für Niedersachsen ziehen. SV

Brüssel ermächtigt sich selbst

EU übergeht staatliche Souveränität bei Fluggastdatenspeicherung

Die EU-Kommission will eine eigene Fluggastdatenspeicherung einführen. Das zeigt eine von ihr ins Internet gestellte Ausschreibung. Der anhaltende Streit um die Weitergabe von europäischen Fluggastdaten an die USA inspiriert Brüssel demnach zu einer eigenen Datensammlung nach US-Vorbild.

Rund 50 Millionen Euro will die EU-Kommission laut ihrer Ausschreibung einem aus der Privatwirtschaft stammenden Partner geben, um eine Fluggastdatensammlung anzulegen. Das EU-Parlament ist darüber nicht informiert. Die rechtliche Grundlage des Vorstoßes ist äußerst fraglich, greift doch schon die Erhebung erheblich in die Kompetenzen der souveränen EU-Mitgliedsstaaten ein. „Eine absolute Anmaßung auf Kosten der Steuerzahler und der Demokratie“, sei das, kritisierte der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro. Die Kommission selbst begründet ihre Ausschreibung indes mit der „Vorbeugung von und dem Kampf gegen Verbrechen“. Vorrangige Ziele sind demnach „Maßnahmen, Passagierinformationseinheiten in den Mitgliedsstaaten aufzustellen, um diese zu sammeln, verarbeiten und Passagiermangellisten (PNR) auszutauschen“. Auch wenn hinsichtlich

der Nutzung nur von Abwehr und Bekämpfung „terroristischer Anschläge“ und „ernster Verbrechen“ die Rede ist, und das auch nur auf internationalen Flügen durch EU-Territorium, sollen doch die Daten in einem dezentralen Verbund immerhin bis zu fünf Jahre gespeichert werden. Die EU-Bürger wie die anderen Gemeinschaftsinstitutionen wissen indes noch nichts davon. Darüber hinaus fasst das

Bürgerrechte werden mit Füßen getreten

EU-Papier schon einmal Risikoanalysen von Passagieren ins Auge. Die von den Fluggesellschaften zu liefernden Daten sollen dazu ausgewertet werden.

Als ahne die Kommission das Maß ihres Übergriffs, verweist die Ausschreibung stets darauf, Daten seien bei den Mitgliedsstaaten zu sammeln, auch von „Bürgerrechten“ ist die Rede. Doch faktisch ist die Absicht, eine klar einheitliche Datenbank für zentralen EU-Zugriff zu schaffen, unverkennbar: Ein „Koordinator“ wird gesucht, der direkt mit der Kommission ein Vertragsverhältnis hat.

MELDUNGEN

Kühe im Visier der Klimaschützer

Dessau-Roßlau – Der Präsident des Umweltbundesamts (Uba), Jochen Flasbarth, fordert die Einführung von Klimazertifikaten für Mastbetriebe. Flasbarth, der viele Jahre zuvor Präsident des Naturschutzbundes Deutschland e.V. (Nabu) war, will die Landwirtschaft mehr für den Klimaschutz in die Pflicht nehmen. Da Rinder viel Methan ausstoßen, würden sie das Klima schädigen. Vor allem industriehähnliche Mastbetriebe in Stallhaltung hält er für schädlich. Bel

Einbürgerung vorantreiben

Hamburg – Während sein Vorgänger Ole von Beust (CDU) sich für die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft engagierte, schreibt Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) derzeit Hamburger ohne deutschen Pass an und fragt sie, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen wollen. Von 137 000 infrage kommenden Nicht-Deutschen, die seit mindestens acht Jahren in Hamburg leben, selbst ihren Lebensunterhalt bestreiten und sich keinerlei Straftaten schuldig gemacht haben, hat Scholz bereits 52 241 angeschrieben, 7164 wollten eingebürgert werden, 5736 wurden bereits eingebürgert. Bel

Privatbank darf kündigen

Karlsruhe – Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass eine Ungleichbehandlung von Bankkunden bei Privatbanken zulässig sei. Die vom Steuerzahler gerettete Commerzbank kündigte – offenbar aus politisch-korrekten Gründen – der rechten Verlagsgruppe „Lesen und Schenken GmbH“, bei der auch das Monatsmagazin „Zuerst“ und die „Deutsche Militärzeitung“ erscheinen, die Konten. T.M.

MELDUNGEN

Die Folter kehrt zurück

Kabul – Es würde nicht auf Anweisung der Regierung gefoltert, kommentierte ein Sprecher des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai einen UN-Bericht. Dieser hatte publik gemacht, dass angeblich jeder zweite der befragten 635 Gefangenen in 89 Einrichtungen der afghanischen Sicherheitskräfte und des afghanischen Geheimdienstes NDS angegeben hat, bereits gefoltert oder misshandelt worden zu sein. Schlägen mit Rohren oder Holzstöcken, Elektroschocks, Vergewaltigung, das Herausreißen von Fingernägeln oder die Androhung einer Exekution gehörten zu den am häufigsten genannten Qualen. 2014 will die Internationale Schutztruppe Afghanistan verlassen. Deutsche Polizisten schulen seit Jahren ihre afghanischen Kollegen, die Stück für Stück mehr Verantwortung übernehmen. Vor einem Jahr, als die afghanische Polizei noch nicht so viel Verantwortung übernommen hatte, hatte die Uno bereits einen ähnlichen Bericht veröffentlicht. Damals sagten nur 24 Prozent der Befragten aus, gefoltert worden zu sein. *Bel*

Angriffe gegen FPÖ missglückt

Wien – Der Versuch, politisches Kapital aus der Veröffentlichung der Karikatur eines übergewichtigen Bankers (mit angeblich jüdischen Gesichtszügen) auf der Facebook-Seite des FPÖ-Vorsitzenden Heinz Christian Strache zu ziehen, ist gescheitert. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren wegen „Volksverhetzung“ dieser Tage ein. Strache selbst war gar nicht Urheber der Karikatur, sondern sie wurde ihm „gepostet“. Die Freiheitlichen sind in Österreich laut Umfragen im Aufwind. Strache hat Aussichten, Bundeskanzler zu werden. Von Seiten der FPÖ wurde die Anzeige als politisches Manöver gewertet. *HL*

Lunte gezündet

Japans Geldpolitik ist brandgefährlich

Unverhohlen wie bisher in keinem anderen Industrieland wirft Japans neue Regierung unter Ministerpräsident Shinzo Abe (LDP) die Notenpresse an. Umgerechnet mehr als 87 Milliarden Euro soll die japanische Zentralbank bereitstellen. Außer in den Wiederaufbau von tsunamigeschädigten Regionen soll das Geld in das Sozialversicherungssystem, den Bildungssektor und an die japanische Industrie fließen. Das erhoffte Ziel: 600.000 neue Arbeitsplätze und ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent.

Der Ankündigung des Konjunkturprogramms durch die Bank von Japan war die offene Drohung des neuen Premierminister Shinzo Abe vorangegangen, die Zentralbank notfalls zu verstaatlichen. Während Abe das Einknicken der japanischen Zentralbank gegenüber der Politik einen „mutigen Wechsel“ nennt, fehlt es nicht an Warnungen vor dem Anwerfen der Druckerpresse. Der Tenor: Abe könnte leicht als derjenige in die Geschichtsbücher eingehen, der Japan endgültig in den Ruin geführt hat. Bereits vor den japanischen Wahlen sorgte der Investor Kyle Bass mit einer drastischen Prognose für Aufmerksamkeit.

Der Versuch der britischen Konservativen, die EU-kritische UK Independence Party (UKIP) als Ansammlung von „Spinnern und latenten Rassisten“ abzustempeln, steht vor dem Scheitern. Will Premier David Cameron seine Macht verteidigen, kommt er künftig an UKIP-Chef Nigel Farage nicht mehr vorbei.

Es ist eine Flucht nach vorn, die Großbritanniens Premier David Cameron mit seiner jüngsten Forderung an die Adresse Brüssels antritt. Er will Machtbefugnisse von der EU zurückholen. Alle 27 EU-Partner sollen gemeinsam neue Bedingungen der Kooperation aushandeln. Cameron will so der EU-kritischen Stimmung im eigenen Land den Wind aus den Segeln nehmen und die Forderungen nach einer Volksabstimmung über die britische EU-Mitgliedschaft verstummen lassen.

Cameron steckt in einer Zwischmühle. In der britischen Bevölkerung und seiner eigenen Partei, den Tories, wird der Ruf nach einem Referendum über einen EU-Austritt immer lauter. Aber auch von Seiten der Pro-EU-Kräfte wächst der Druck: von Camerons Koalitionspartner, den Liberaldemokraten, von Unternehmerverbänden und den Banken der City of London. Deren Befürchtung ist, dass, sollte Großbritannien die EU verlassen, es den Zugang zum europäischen Binnenmarkt verlöre. Selbst Washington macht unvehohlen deutlich, was von Cameron erwartet wird. „Wir wollen eine starke britische Stimme in der EU hören.“ Das sei im Interesse der USA, so ein Sprecher des Weißen Hauses. Innenpolitisch bestimmen allerdings immer stärker die EU-Gegner die Diskussion – allen voran die UKIP unter Nigel Farage. Die Partei macht sich als einzige für einen vollständigen Austritt Großbritanniens aus der EU stark. Bei aktuellen Umfragen liegt die UKIP mittlerweile bei rund 15 Prozent. Die Partei hat damit Camerons Koalitionspartner, die Li-

beraldemokraten, überrundet und ist zur drittstärksten politischen Kraft in Großbritannien geworden.

Der Erfolg der UKIP beruht nicht zuletzt auf dem charismatischen Parteichef und EU-Parlamentarier Farage. Der mit einer Deutschen verheiratete Ex-Tory wirkt im Vergleich mit Vertretern anderer Parteien deutlich unverkrampfter und vor allem redet er Klartext. Erfrischend etwa sein Umgang mit Brüssel-Politgrößen wie Martin Schulz, Herman Van Rompuy und Manuel Barroso: „Wer zum Teufel sind Sie? Niemand kennt Sie. Niemand von den europäischen Bürgern hat Sie gewählt.“ EZB-Präsident Mario Draghi wurde von Farage bereits mit dem Vorwurf konfrontiert, die südeuropäischen Pleitestaaten „bis zum letzten deutschen Steuerzahler“ in der Euro-Zone zu halten.

Für die politische Zukunft Camerons könnte die UKIP spätestens mit der Parlamentswahl im Jahr 2015 zu einem ernsthaften Problem werden. Unter den Bedingungen

des britischen Mehrheitswahlrechts droht die UKIP den Tories entscheidende Stimmanteile wegzunehmen. Als Resultat des Gerangels zwischen den Konservativen und UKIP könnte am Ende in bis zu 50 Wahlkreisen die Labour-Party als lachender Dritter zusätzliche Mandate gewinnen und Cameron am En-

de die Macht kosten. Erste Gedankenspiele, wie diese Gefahr gebannt werden kann, sind im Gange. Letztendlich werden die Bemühungen zur Folge haben, dass die bisherige Ausgrenzungsstrategie der Tories gegenüber der UKIP aufgegeben werden muss.

Michael Fabricant, Wahlkampfberater und einflussreicher Tory-Abgeordneter, hat etwa einen „Nichtangriffspakt“ ins Gespräch gebracht. Camerons Regierung würde dabei einem EU-Referendum nicht mehr im Wege stehen, im Gegenzug soll sich die UKIP bereit erklären, mit den Tories Absprachen zu einzelnen Wahlkreisen zu treffen, um unnötige Konkurrenz zu vermeiden. Als zusätzlichen Anreiz: ein-

Ministerposten für Farage nach einem Wahlsieg 2015.

Sollte es aufgrund einer derartigen Absprache zu einem EU-Referendum kommen, ist der Ausgang kaum vorhersagbar. Einflussreiche Wirtschaftskreise und die Finanzindustrie dürften im Vorfeld einiges an Propaganda auffahren, um das Schreckgespenst eines isolierten Großbritanniens an die Wand zu malen. Am Ende könnte ein Resultat wie folgt stehen: Cameron holt spektakulär einige Kompetenzen von der EU zurück, Großbritannien bleibt dafür aber Mitglied der EU. Zähneknirschend könnte ein derartiger Tauschhandel sogar von Brüssel geschluckt werden. Zu gravierend wäre der Gesichtverlust, wenn erstmalig ein Land aus der EU austritt.

Unabhängig von der Entwicklung in Großbritannien kündigt sich ohnehin an, dass sich Brüssel demnächst bei Beitrittsverhandlungen erstmals eine Abfuhr einhandelt. Islands Regierung hat die Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft bis zu den Parlamentswahlen Ende April auf Eis gelegt. Die Begründung von Außenminister Össur Skarphédinsson: Eine mögliche neue Regierung könne so nach der Wahl „ihre eigenen Prioritäten zu wichtigen Themen setzen“. Statt auf neue Prioritäten deutet in Reykjavik

tatsächlich aber alles auf einen kompletten Kurswechsel hin. Eine klare Mehrheit der Isländer ist nach Umfragen gegen den von der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurardóttir vorangetriebenen EU-Beitritt. Als klarer Favorit gilt die konservative Unabhängigkeitspartei, die im Falle eines Wahlsieges eine Volksabstimmung zu den EU-Beitrittsverhandlungen Islands angekündigt hat.



Stachel im Fleisch der EU und der britischen Regierung: UKIP-Chef Nigel Farage

Bild: Getty

Norman Hanert

Der Zweck darf nicht die Mittel heiligen

CIA-Foltermethoden im Film »Zero Dark Thirty« schockieren US-Öffentlichkeit

Hollywood ist mitten in der „Oscar“-Saison. Am 24. Februar vergibt die amerikanische Film-Akademie die begehrten Trophäen. Der „Oscar“ bringt Karrieren voran und so viel Geld für die Filmstudios, dass sie Millionen in Werbung investieren. Umso größer war daher der Schock, als einer der Top-Kandidaten plötzlich negative Schlagzeilen machte und eine erhitzte Debatte im ganzen Land auslöste. Thema: die umstrittenen Folter-Praktiken der CIA inklusive Waterboarding bei Verhören von möglichen Terroristen.

Der Film „Zero Dark Thirty“ der Regisseurin Kathryn Bigelow, die vor zwei Jahren schon einmal einen „Oscar“ für ihren Irak-Film „The Hurt Locker“ gewonnen hatte, war schon früh als Meisterwerk gelobt worden. Benannt nach dem Titel der realen militärischen Geheim-Operation schildert er die achtjährige Suche nach Osama Bin Laden bis hin zu seiner Entdeckung im pakistanischen Abbottabad und der dramatischen Operation des Elite-Navy-Seal-Teams, das ihn tötete. Der Film folgt exakten Recherchen mit weitgehender Hilfe der CIA und ihres stellvertretenden Direktors Michael Morell, der Drehbuch-Autor Mark Boal eng beraten hatte. Der Film enthält aber eine so brutale Folter-Szene inklusive Waterboarding, dass

unter anderem der Filmkritiker der „L.A. Times“ die Pressevorführung entsetzt mit dem Gedanken verließ, dass niemals ein Amerikaner an derartigen Grausamkeiten teilnehmen dürfe. Doch führten, so der Film, diese Verhöre zu dem entscheidenden Tipp: dem Namen des Kuriers Abu Ahmed Al-Kuwai-



Waterboarding: Der Gefolterte denkt, er ertrinkt

der Verbindungsmann zwischen Bin Laden in seinem Geheim-Versteck und der Spitze von Al-Kaida war. Und obwohl der liberalen Bigelow nichts fernerlag, als Folter zu beschönigen, so fanden kritische Stimmen, dass genau dieser Eindruck beim Publikum entsteht. Aber ist Folter berechtigt, wenn es um die Sicherheit des Landes geht? Hätte man ohne sie Osama nie gefunden?

Die kalifornische Senatorin Diane Feinstein, Vorsitzende des Sicherheits-Komitees im US-Senat, schrieb mit ihren Kollegen Carl Levin und John McCain einen empörten Brief an Morell. Hintergrund: Die Demokraten im Komitee haben soeben einen 600-Seiten langen, noch geheimen Bericht

fertiggestellt, der die „Enhanced Interrogation Tactics“, die verschärften Verhör-Methoden der CIA, untersucht hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, dass diese „nicht entscheidend für Ergebnisse sind und für die Entdeckung Bin Ladens waren“. Die brutal behandelten Häftlinge würden ent-

eder weiterhin schweigen oder Lügen auf-tischen, was der Film auch zeigt. Die Verhör-Methoden seien daher ungerechtfertigt und dürften nicht angewandt werden. Eine Auffassung, die – im Gegensatz zu den Republikanern – Präsident Barack Obama teilt, unter dem es Foltermethoden wie Waterboarding offiziell nicht mehr gibt. CIA-Agenten hingegen sind vielfach anderer Meinung. „Es sind Mittel, derer man sich manchmal bedienen muss“, sagte einer ganz offen. Mit Samthandschuhen angefasst, würde niemand etwas gestehen. Das ist in der brutalen Welt der Spionage-Tätigkeiten sicher richtig. Der Unterschied besteht jedoch in harten Verhören und direkter Folter.

Nach 9/11 entwarf die Bush-Regierung zusammen mit der CIA das Programm der „verschärften Verhör-Taktiken“ für mögliche Al-Kaida-Terroristen, wobei unter anderem Khalid Shaikh Mohammed, dem jetzt der Prozess in Guantanamo gemacht wird, 183-mal der Foltermethode des Waterboarding unterzogen wurde. Stellvertretender CIA-Direktor war damals John Brennan, den Präsident Obama nun zum neuen CIA-Chef ernannt hat. Brennan hatte jedoch mit dem Programm, wie Kollegen von damals und heute bestätigen, kaum etwas zu tun. Er verließ die CIA 2005 und erklärte später in einem Brief: „Ich bin ein großer Gegner von vielem in der Bush-Regierung gewesen wie dem Irakkrieg und Waterboarding“ 2008 holte Präsident Obama ihn als Sicherheitsberater und Anti-Terror-Experten ins Weiße Haus. Seine Wahl wird weitgehend – vor allem in der CIA selber – begrüßt. Brennan, 57, spricht unter anderem perfekt Arabisch und hat 25 Jahre in der Agency gedient. Er ist auch Experte für den Jemen und den ganzen Mittleren Osten. Unter ihm dürfte die CIA erfolgreich arbeiten – auch ohne Waterboarding. Und dazu trägt mit Sicherheit Bigelows Film bei, denn er zeigt einer breiten Öffentlichkeit die volle Unmenschlichkeit solcher Methoden. *Liselotte Millauer*

Durch Weglassung geschönt

Chinesische Wachstumszahlen berücksichtigen weder Umweltschäden noch Inflation

Wenigstens in einem ist sich die Fachwelt einig: Wenn auch das seit 30 Jahren prosperierende China in eine echte Wirtschaftskrise rutscht, dann reißt das Riesenreich die gesamte Welt in ein schwarzes Loch. Umso aufmerksamer verfolgen die Menschen überall auf dem Globus, wie es um den gelben Giganten steht.

Die Nachrichten verwirren: Warnungen vor einer konjunkturellen Krise in China werden immer wieder von euphorisch stimmende Zahlen scheinbarer Schwarzseherei überführt. So meldete Chinas Führung für den Dezember einen Anstieg seiner Exporte um 14,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Alles in Butter? Eine wachsende Zahl von Fachleuten misstraut den Daten aus Peking. Was beispielsweise die Exporte angeht, berichten die „Deutschen Wirtschafts-Nachrichten“ („DWN“) von einem bizarren Trick, der die Zahlen des Außenhandels aufhübscht, ohne dass je wirklich Waren ein- oder ausgeführt werden. Ein chinesisches Unternehmen biete, so die „DWN“, „Ein-Tages-Touren“ an, bei denen Produkte chinesischer Hersteller lediglich in ein Freizolllager verbracht würden, wo dem Produzenten die Mehrwertsteuer erstattet werde. Danach würden die Container wieder ins chinesische Zollgebiet zurückgefahren, in dem sie – nunmehr als Importware deklariert – sogar höhere Preise erzielen könnten. Bekannt ist, dass die chinesischen Konsumenten, selbst gebrannte Kinder der grasierenden Produktpiraterie in ihrem Land, Importprodukten oft mehr Vertrauen entgegenbringen als heimischer Ware. Damit ließe sich der höhere Preis erklären. Vor allem aber steigert dies in der Statistik die Außenhandelszahlen beim Im- wie beim Export, ohne dass die betreffenden Waren China je verlassen hätten.

Jedoch nicht allein die offiziellen Daten über den Außenhandel



Hauptsache die Wirtschaft läuft: Trotz Smog-Alarms gab es keine Fahrverbote in Peking Bild: Getty

erwecken wachsendes Misstrauen. Auch das staatlicherseits angegebene Wirtschaftswachstum trifft auf Misstrauen. Kritiker verweisen auf ein Problem, das es Anfang dieses Monats weltweit in die Schlagzeilen brachte, als die Smogbelastung in Peking und anderen großen Städten Werte erreichte, die selbst im ökologisch leidgeprüften China alles bislang Bekannte in den Schatten stellte: In Chinas Wirtschaftswachstum, das seit vielen Jahren kaum je unter die

Marke von sieben bis acht Prozent rutschte und oft den zweistelligen Bereich erklimmen konnte, seien die Umweltschäden überhaupt nicht berücksichtigt. Stelle man diese in Rechnung, so schätzen Experten, schrumpfte das Wachstum auf etwa fünf Prozent.

Wie die chinesischen Behörden mit dem Problem umgehen, zeigt sich dieser Tage in Peking. Trotz Smog-Desaster musste kein Industriebetrieb seine Produktion herunterfahren, wurden keine Fahrverbote erlassen. Hauptsache, die Wirtschaft läuft rund, koste es die Umwelt, was es wolle. Doch auch Umweltkosten sind, wie Schulden,

nur aufgeschobene Kosten. Sie holen den Verursacher irgendwann ein, wie die europäischen Länder seit den 1960er Jahren erleben mussten, als Investitionen etwa zur Luftreinhaltung oder zur ökologischen Wiederbelebung der Flüsse nötig wurden.

Zudem kritisieren Wissenschaftler die Art der Erhebung der chinesischen Wachstumszahlen an sich. Sie würden nicht in angemessener Weise mit der Inflationsrate abgeglichen.

Auf geschönte Zahlen deutet auch der Abgleich mit anderen Indikatoren hin, die ebenfalls Aufschluss geben über das Wirtschaftswachstum. So soll Chinas Wirtschaft im vierten Quartal 2012 um 7,8 Prozent gewachsen sein. Die „DWN“ zitieren einen Wissenschaftler, der darauf hinweist, dass die Stromproduktion im gleichen Zeitraum aber zurückgegangen sei, auch der Einkaufsmanagerindex sei rückläufig gewesen. Das jedoch ist bei einem Wachstum von 7,8 Prozent kaum vorstellbar.

Statistische Tricks, Umweltkosten und zudem die massive Korruption eingerechnet kommt der US-Ökonom Frank Tian Xie laut der Zeitung „The Epoch Times“ gar zu dem Schluss, dass Chinas Wirtschaft nicht nur nicht so stark wachse, wie angenommen, sondern gegenwärtig sogar stagniere. Zudem ist auch die chinesische Wirtschaft von einer rapide wachsenden Verschuldung angetrieben, die sowohl die (immer noch überwiegend staatlichen) Unternehmen betreffe wie den Staat und Privathaushalte. Auslöser für einen großen Knall könnte wie in anderen Ländern das Platzen der Immobilienblase sein, die in den rasch wachsenden Zentren des Landes unübersehbar wächst.

Wohlhabende Chinesen scheinen die pessimistische Sicht zu teilen. Kanadische Behörden melden einen rasanten Anstieg der Zahl von Chinesen, die Geld in Koffern und Taschen nach Kanada schmuggeln. Die Kapitalausfuhr ist in China begrenzt auf umgerechnet rund 38 000 Euro pro Jahr und Person, so dass die simple Überweisung größerer Beträge ausscheidet. Im westkanadischen Vancouver kaufen sich viele reiche Chinesen Immobilien. Die Stadt ist für Chinesen besonders attraktiv, weil es dort schon seit Langem eine derart starke chinesische Kolonie gibt, dass die übrigen Kanadier die Stadt scherzhaft „Hongcouver“ getauft haben.

Hans Heckel

Immobilienblase und Konsum auf Pump gefährden das Land

Bel

KURZ NOTIERT

Anteil der Mittelschicht in Deutschland relativ stabil: Lars P. Feld, Mitglied des fünfköpfigen Sachverständigenrats der Bundesregierung, sieht nicht, dass die deutsche Gesellschaft in Arm und Reich zerfällt. Lag der Anteil der Menschen mit mittlerem Einkommen vor der Wiedervereinigung bei 60 Prozent, stieg dieser bis 1997 kurzfristig auf 65 Prozent, um dann auf 58 Prozent zu sinken, um nun aber seit einigen Jahren stabil bei 60 Prozent zu stagnieren. Feld hält den wachsenden Niedriglohnsektor für wichtig, denn nur so könnten arbeitslose Geringqualifizierte in das Arbeitsleben gebracht werden. Bel

Enttäuschende Privatisierungserlöse: Gerade einmal 100 Millionen Euro konnte der griechische Staat bis Ende letzten Jahres über das Privatisierungsprogramm einnehmen. Ursprünglich waren 15 Milliarden Euro geplant, bis 2015 sollten es sogar 50 Milliarden Euro sein. Daher wurden die Ziele gesenkt und der Zeitraum verlängert, so dass bis 2016 nur noch mit 8,5 Milliarden Euro gerechnet wird, wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der Partei „Die Linke“ im Bundestag verlauten ließ. Bel

Banken wollen EZB Dreijahreskredit frühzeitig zurückzahlen: Im Dezember 2011 und Februar 2012 hatte die EZB den europäischen Banken insgesamt eine Billionen Euro als Sonderkredit zur Verfügung gestellt. Jetzt melden die Medien, dass viele Banken den Dreijahreskredit frühzeitig zurückzahlen und werten dies als Erfolg der Strategie von EZB-Präsident Mario Draghi. Doch offenbar planen nur deutsche und französische Banken den Sonderkredit, der 0,75 Prozent Zinsen kostet, vorzeitig knapp zur Hälfte zurückzuzahlen, da sie sich derzeit am Markt günstiger mit Liquidität versorgen können, so sie denn überhaupt welche benötigen. Spanische und italienische Banken, die sich mit 300 Milliarden und 255 Milliarden Euro den größten Teil des Sonderkredites gesichert haben, wollen höchstens zehn bis 15 Prozent vorzeitig tilgen, da sie das Geld noch benötigen. Bel

Strom auf Staatskosten

Spanien subventioniert verdeckt Energiekonzerne

In einer regelrechten Nacht- und-Nebel-Aktion hat Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy noch am 31. Dezember 2012 die Schuldenlast des Landes um mehr als drei Milliarden Euro erhöht. Angehängt an ein Gesetz zu den Pensionsrechten für Reinigungskräfte wurde im offiziellen Amtsblatt eine zunächst einmal unspektakulär aussehende Ankündigung gemacht, die noch weitreichende Folgen haben wird. Der spanische Staat übernimmt künftig ohne Begrenzung Verluste für ein Programm namens Fondo de Amortización del Déficit Eléctrico (FADE).

Die dahinterstehenden Details muten vor allem für die kostengebeutelten deutschen Stromkunden einigermmaßen bizarr an. Der Strommarkt Spaniens steht unter staatlicher Kontrolle – für einen Teil des Marktes bestehen sogar staatliche Vorgaben zur Deckelung der Strompreise. Defizite, die den Stromkonzernen durch die Preisvorgaben Madrids entstehen, werden schon seit Längerem von dem FADE-Programm aufgefangen, das sich mittels Ausgabe von Anleihen finanziert. De facto handelt es sich bei dieser Konstruktion um nichts anderes als um eine Subvention

des Strompreises durch versteckte Staatsschulden. Während bisher die staatlichen Verlustübernahmen gedeckelt waren, haftet Madrid nun in unbegrenzter Höhe.

Sollte nicht bald eine dauerhafte Lösung gefunden werden, dann könnte mit der Stromsubventionierung ein Problem heranwachsen, das eine ähnliche Dimension

20 Milliarden Euro Schulden haben sich inzwischen angehäuft

hat wie die Rettungsversuche für Spaniens marode Banken. Bereits Ende 2012 ist der Schuldenberg beim FADE-Programm auf mehr als 20 Milliarden Euro angewachsen. Industrieminister José Manuel Soria befürchtet inzwischen, dass bis 2015 das Defizit im Stromsektor auf 50 Milliarden Euro anwachsen wird. Pikanter Nebeneffekt der kostspieligen Stromsubventionierung: Ohne die Garantierklärung, die Regierungschef Rajoy noch in den letzten Stunden des Jahres 2012 unterschrieben hat, wären auf die in Spanien aktiven Stromkonzer-

ne massive Verluste zugekommen. Mit der Garantie werden nun Gewinne eingefahren. Allein das im vergangenen Jahr entstandene Defizit, das von FADE aufgefangen wird, entspricht etwa 70 Prozent der Gewinne der vier größten spanischen Stromerzeuger. Das auf den ersten Blick sozial erscheinende Programm für bezahlbare Strompreise entpuppt sich somit als planwirtschaftliches Umverteilungsprogramm zugunsten von Stromkonzernen.

Die Wahrscheinlichkeit ist recht groß, dass langfristig sogar das übrige Europa für die spanischen Stromsubventionen zur Kasse gebeten wird. Seitdem durch das Eingreifen des EZB-Präsidenten Mario Draghi die Renditen für spanische Staatsanleihen wieder gefallen sind, hat in Madrid der Spar-eifer deutlich nachgelassen. Um trotzdem zahlungsfähig zu bleiben, werden inzwischen von der spanischen Regierung letzte Reserven wie etwa die Rentenkassen geplündert. Wie das „Wall Street Journal“ berichtet, wurden mittlerweile 90 Prozent des ursprünglich 65 Milliarden Euro schweren Reservefonds der Sozialversicherung von der Regierung zweckentfremdet.

Norman Hanert

Geschichte wiederholt sich

US-Zentralbank gefährdet mit billigem Geld erneut US-Wirtschaft

Vor wenigen Tagen meldete der deutsche Nachrichtensender n-tv „10 400 000 000 Dollar in drei Monaten – US-Banken verdienen prächtig“. Schon die vielen Nullen der Zahl erinnern an eine Zeit, die mit einer riesigen weltweiten Bankenkrise endete, auf die eine Weltwirtschaftskrise folgte. Und tatsächlich warnen immer mehr Finanzexperten davor, dass in den USA gerade alte Fehler wiederholt werden.

Da die US-Zentralbank Fed Banken seit nun mehreren Jahren in Folge fast zinsfrei mit Geld versorgt, schwimmen diese im Geld. Da Geld „arbeiten“ muss, um Gewinn zu erzielen, investieren sie es unter anderem an der Börse. Dort steigen die Kurse der Unternehmen, die auf dem Papier mehr wert sind. Einige Anleger nehmen die Gewinne aus den höheren Kursen mit und investieren das Geld an dieser Stelle vielleicht sogar in die reale Wirtschaft, so dass Arbeitsplätze entstehen. Daraufhin steigt der Konsum.

Seit 13 Monaten stieg so auch die Nachfrage nach Häusern wieder, was von den meisten Kommentatoren bejubelt wird, da dies belegt würde, dass die USA endlich die Krise von 2008 hinter sich

lassen würden. Doch Kritiker behaupten genau das Gegenteil, denn das hat zur Folge, dass auch bestehende Häuser mehr wert werden und zahlreiche Besitzer aufgrund ihres gefühlten gestiegenen Reichtums das Sparen zurückstellen. Zum Teil würden auch wegen der geringen Zinsen wie-



Kurse an der US-Börse steigen: Billiges Geld macht es möglich

der Häuser bei den Banken beliehen, und die so erhaltenen Kredite für den Konsum verwendet. Man sieht also immer öfter Konsum auf Kredit und Blasenbildung durch billiges Geld.

Doch merkwürdigerweise haben nur wenige in den USA ein Déjà vu, vielmehr freut man sich über die guten Gewinne der Banken und übersieht, dass ein Großteil dieser auch nur auf dem Papier entstanden ist. Denn da die

Aktien in den letzten Monaten an Wert gewonnen haben, gewonnen auch die Papiere im Bestand der Banken an Wert, ohne dass diese etwas dafür getan haben. Aber nicht nur bei Aktien und Anleihen konnten Aktiengewinne verbucht werden, auch die wieder steigenden Immobilienpreise sorgen dafür, dass die im Rahmen der Krise in den Bestand der Banken gelangten Häuser wieder wertvoller werden.

Doch der New Yorker Korrespondent des „Handelsblattes“, Grischa Brower-Rabinowitsch, gibt an der Entwicklung nicht den Banken die Schuld. „Das wäre so, als ob man einem Kind den Schlüssel zum Süßigkeiten-Schrank gibt und sich hinterher beschwert, dass es fleißig Bonbons genascht hat.“ Denn das billige Geld der Banken sei wie der Schlüssel zum Süßigkeiten-Schrank absolut verlockend, so der Autor. Allerdings gibt es hier einen Unterschied, denn am Ende hat das Kind Bauchweh, die Banken hingegen haben gelernt, dass sie, wenn sie sich überfressen haben, vom Staat und somit vom Steuerzahler Hilfe erhoffen können. Die Entwicklung der US-Schulden spricht hier Bände. Bel

Verschwiegen

Von Rebecca Bellano

Das ist doch einmal wieder typisch! Da treffen sich Wissenschaftler und Journalisten aus verschiedenen europäischen Ländern in Berlin und üben an einem historischen Ort Kritik an der Europäischen Union und die Medien übertreffen sich gegenseitig darin, dass sie diese Veranstaltung verschweigen. Jedenfalls hat weder PAZ-Autorin Vera Lengsfeld noch „Open Europe Berlin“ selbst Berichte über die Konferenz (siehe Seite 2) gelesen.

Kritik an der EU ist einfach politisch nicht gewollt und die deutschen Medien machen damit, als wären sie von der Politik

alimentiert. Dabei lernt man schon als Kind in der Schule, dass man Kritik als wertvoll erachten soll, denn nur durch Kritik könne man sich verbessern. Doch diese Lehre gilt offenbar nicht für alle.

Dass auf diese Weise ein Widerwille gegen die EU in der Bevölkerung erwächst, so sie sich denn für mehr als das „Dschungel Camp“ interessiert, ist den Verantwortlichen egal. Ihnen geht es offenbar auch nicht um die EU oder Europa, sondern einfach nur ganz schnöde um ihre eigene Macht und Posten für ihre Freunde und Anhänger.

Würdelos

Von Harald Tews

Beim Stichwort „Folter“ denkt man ans Mittelalter: Inquisition, Streckbank, Daumenschrauben. In modernen Gesellschaften kann man sich Foltermethoden allenfalls in Diktaturen vorstellen. Eine Gestapo-Zelle war alles andere als eine Wohlfühloase. Umso erschreckender ist es, wenn demokratische Gesellschaften, die sich die Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben haben, sich in diesen inhumanen Methoden üben.

Jetzt kommt ins Bewusstsein, dass die Briten nach dem Krieg sich der Folter bedient haben und Personen, die sie der Spionage verdächtigten, in deutschen Internierungslagern misshandelt haben, um sie zu einer Aussage zu bewegen (Seite 1). Dass nun ein Ex-Wehrmachtssoldat vor einem britischen Gericht Gerechtigkeit einfordert, kommt spät, aber zu Recht.

Wie viel Ansprüche müssen dann aber erst auf die USA zukommen, die seit den Anschlägen von 2001 in Guantánamo und anderen Foltergefängnissen mit physischer Gewalt eine Aussage von Terrorverdächtigen erzwingen wollten? In den USA ist eine Diskussion über das sogenannte „Waterboarding“ voll erbrannt, das unter der Bush-Regierung klammheimlich eingeführt, unter Obama aber ausgesetzt wurde (S. 6). Das Argument der Befürworter: Ohne die Folter wäre man Osama bin Laden nie auf die Spur gekommen. Für viele sind die Folterer Helden, die auf diese Weise den Terror bekämpfen. Aber wirft es nicht auch ein schlechtes Licht auf die Geheimdienste, die sich anders nicht behelfen können, und auf die Demokratie selbst, die sich auf das würdelose Niveau von Gewalttätern erniedrigt?

Gold: Verdacht wuchert weiter

Von Hans Heckel

Die Intervention des Bundesrechnungshofs und eine für die Bundesbank unangenehme öffentliche Debatte haben dazu geführt, dass Frankfurt aktiv wurde in Sachen deutsches Gold. Noch liegen von den knapp 3400 Tonnen rund 45 Prozent in New York, 13 Prozent in London, elf in Paris und 31 in Deutschland. Bis zum Jahr 2020 soll nun ein beträchtlicher Teil der im Ausland gelagerten Barren den Heimweg antreten. Der New Yorker Anteil sinkt auf 37 Prozent, das Pariser Lager wird ganz aufgelöst, nur die Londoner Barrenmenge bleibt konstant. Nach der Heimholung von 627 Tonnen lägen 50 Prozent in Deutschland.

Also waren alle Befürchtungen hinsichtlich der Goldreserve unbegründet? Diesen Eindruck

hofft die Bundesbank zu erwecken. Doch kritisch betrachtet lassen die geplanten Maßnahmen viel Raum für Irritationen. Vor allem der lange Zeitraum macht stutzig: Warum muss der Transport sieben Jahre dauern? Frankfurt begründet das mit Sicherheitsbedenken. Es könnte ja gestohlen werden, das Gold.

Das überzeugt kaum: Auf der Welt werden höchst gefährliche Atomwaffen herumtransportiert. Wenn es möglich ist, die zu bewachen, warum dann nicht auch einige größere Goldtransporte binnen weniger Wochen? Vor mehr als 50 Jahren holten die Franzosen ihr Gold kurz und knapp mit ihrer Marine zurück.

Warum geht das nicht auch im deutschen Falle? Wenn die deutsche Marine nicht reicht, könnte man ja die Verbündeten oder Russland um Geleitschutz bitten.

Die lange zeitliche Streckung gibt dem Verdacht neue Nahrung, dass das deutsche Gold tatsächlich gar nicht mehr vorhanden ist. Die „Verschwörungstheoretiker“ mutmaßen, dass es größtenteils nur aus „Forderungen“, also Gutscheinen besteht, hinter denen gar kein echtes Gold steht. Nur mit dem Ziel, es unauffällig am Markt zusammenkaufen zu können, wäre die lange Frist für die Rückholaktion schlüssig zu erklären, so die Skeptiker. Denn der Kauf mehre-

rer 100 Tonnen binnen weniger Wochen würde am Weltmarkt auffallen.

Zudem bleibt die Frage, warum überhaupt Gold in New York oder London lagern muss. Weil das Metall dort gehandelt werde, weshalb man es im Krisenfall so schneller verkaufen könnte, heißt es. Doch: Das New Yorker Gold ging einst für deutsche Außenhandelsüberschüsse von amerikanischem in deutschen Besitz über, ohne je den Lagerort zu wechseln. Wenn das in dieser Richtung ging, warum könnte dann nicht auch künftig von Deutschland verkauftes Gold weiterhin in Frankfurt lagern? Die Bundesbank tut so, als verdiene sie selbst niemals das Vertrauen als Aufbewahrer fremden Goldes, das sie der New Yorker Notenbank ohne Prüfung entgegenbringt. Merkwürdig.

Wäre das Gold da, dann könnte es sofort geholt werden



Alles echt? Ein Bundesbank-Mitarbeiter nimmt bei einer Pressekonferenz eine Ultraschallprüfung an einem Goldbarren vor, um zu belegen, dass auch der Kern des Barrens aus Gold besteht

Bild: pa

In Deutschland beherrscht ein Thema die öffentliche Diskussion: die sogenannte Euro-Krise. De facto ist es eine Krise der Banken, die sich mit den von den Nehmerländern gezahlten hohen Schuldzinsen zunächst eine „goldene Nase“ verdient haben, plötzlich jedoch auf „faulen“ Krediten saßen. Die verschuldeten Staaten konnten auf dem Finanzmarkt keine neuen Kredite zu tragbaren Schuldzinsen mehr aufnehmen. Fast ein Drittel der 17 Euro-Staaten musste unter den EU-Rettungsschirm flüchten. Mit dieser Krise geht einher eine gigantische Staatsverschuldung, eine hohe Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent in einigen südeuropäischen Ländern, der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder auf den europäischen und globalen Märkten durch zu hohe Produktionskosten. Die permanenten Diskussionen drehen sich um die Zukunft der „Eurozone“ und damit auch der EU – sowie Gesamteuropas. Dabei geht es im Wesentlichen um die Frage „Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende?“ Die Mehrheit der Deutschen plädiert für ein „Ende mit Schrecken“, obwohl die Kosten immens wären. Die sind jedoch auch hoch, wenn die bisherigen finanziellen Hilfsmaßnahmen über Jahre und Jahrzehnte fortgesetzt werden müssten – bis die jetzt noch zahlungsfähigen und zahlungswilligen Länder selbst in existentielle Schwierigkeiten geraten. Wer rettet diese Länder? China?

Ein Thema spielt in der Diskussion nur eine Nebenrolle: die Sicherheitspolitik der EU-Staaten und damit auch der Nato. Weder die politisch Verantwortlichen noch die Öffentlichkeit zeigen großes Interesse daran. Das frühere „freundliche Desinteresse“ (Zitat des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler) der deutschen Öffentlichkeit an Fragen der Sicherheitspolitik und der deutschen Streitkräfte ist einer „gleichgültigen Nichtbeachtung“ gewichen – besonders verstärkt durch die Abschaffung der Wehrpflicht, mit der der damalige Bundesverteidigungsminister Karl Theodor

Gastbeitrag



Die sicherheitspolitische Dimension der Euro-Krise

Von DIETER FARWICK

zu Gutenberg die politischen Verantwortlichen und die deutsche Öffentlichkeit überraschte und überrollte. Dieser Entscheidung ging keine tiefgründige Untersuchung voraus. Sein zweiter Coup folgte auf dem Fuße – die Reduzierung der deutschen Streitkräfte auf eine Stärke von „bis zu 185 000 Soldaten“. Auch dieser Entscheidung ging keine tiefergehende Studie voraus. Das Urteil des Generalinspektors, mit den eingeplanten Finanzen lediglich eine Stärke von rund 163 000 angemessen bezahlen, ausbilden und ausstatten zu können, wurde ohne weitere Diskussion beiseite gewischt.

Am Anfang war das Wort des Finanzministers Wolfgang Schäuble. Er verlangte Anfang 2010 von Guttenberg eine Einsparung von rund acht Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren – unter anderem konkret den Abbau von jeweils 20 000 Berufs- und Zeitsoldaten. Bereits nach zwei Jahren fühlen sich die Skeptiker in der Annahme bestätigt, dass diese Reform ein Rohrkrepierer ist. In einer im Oktober 2012 veröffentlichten Studie des Bundeswehrverbandes wird das Ausmaß der persönlichen Planungsunsicherheit und der Frustration der Betroffenen deutlich. Die „Jahrhundertreform der Bundeswehr“ kann die nächsten drei Jahre nicht überleben, wenn ihr nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, zumal die Kosten für das Personal, das zu einem freiwilligen vorzeitigen Ausscheiden aus der Bundeswehr bewegt werden soll, sowie die Kosten für die Infrastrukturmaß-

nahmen in den durch die Reduzierung aufzugebenden und den aufnehmenden Standorten deutlich höher sind als naiv-optimistisch angenommen worden war. Ein Verteidigungshaushalt von knapp über 31 Milliarden Euro mit einem Investitionsanteil von knapp 23 Prozent – bei einem Dauernwert von 30 Prozent – ist unausgewogen und unterfinanziert. Die deutschen Streitkräfte schieben eine Welle aufgeschobener Rüstungsprojekte vor sich her. Selbst die Soldaten im Kriegseinsatz in Afghani-

Verteidigungshaushalt ist unausgewogen und unterfinanziert

stan verfügen nicht über ausreichende, gut gepanzerte Fahrzeuge, Aufklärungs- und Kommunikationsmittel sowie eine angemessene Bewaffnung – zu der auch sogenannte Kampfdrohnen gehören. Das größte Defizit sind in dem Terrain Afghanistans fehlende Kampf- und Transporthubschrauber.

Hier kommt die sogenannte Euro-Krise ins Spiel. Sie wird auf Jahre eine Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushaltes von derzeit 1,3 auf moderate zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes – eine Zielgröße der Nato – verhindern. Die noch stark sprudelnden Einnahmen würden diese Steigerung ermöglichen, aber es fehlt der

öffentliche und politische Druck. Trotz der höheren Steuereinnahmen steigen die Staatsausgaben – in erster Linie für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Darüber hinaus muss Deutschland vom Gesamthaushalt von rund 300 Milliarden Euro bereits 40 Milliarden an Schuldzinsen bezahlen, ohne dass die Gesamtschulden und Verbindlichkeiten von über sechs Billionen Euro reduziert werden.

Staatsbürger, die für die Einsatzfähigkeit deutscher Streitkräfte im Rahmen der kollektiven Bündnis- und Landesverteidigung sowie der Auslandseinsätze der Bundeswehr in UN-mandatierten und von der Nato geführten politisch-militärischen Operationen eintreten, sehen keine reelle Chance für die notwendige Verbesserung. Es wird an der „Drehmaschine Finanzen“ gedreht – in Verbindung mit einer weiteren Reduzierung der Bundeswehr auf maximal 150 000 Soldaten. Dies wird unabhängig von der Farbenkombination der zukünftigen Regierung nach den Bundestagswahlen im September 2013 geschehen. Es ist kein Trost, dass nahezu alle Nato-Mitgliedsstaaten denselben Weg der Reduzierung der Verteidigungshaushalte und der Truppenstärken einschlagen.

Bei der politisch-militärischen Operation „Unified Protector“ zur Unterstützung der libyschen Bevölkerung haben 18 von den 28 Nato-Mitgliedsstaaten die militärische Teilnahme verweigert – aus politischen Gründen und wegen unzureichender militärischer Fähigkeiten. Selbst die

militärisch noch starken europäischen Staaten Großbritannien und Frankreich mussten nach Tagen zugeben, dass ihre Vorräte an Präzisionswaffen erschöpft waren. Sie mussten den „Großen Bruder USA“ um Nachschub bitten. Dabei ist aus militärischer Sicht nüchtern zu analysieren, dass es sich bei „United Protector“ um eine geografisch überschaubare, zeitlich begrenzte Operation gehandelt hat – gegen einen schwachen Gegner. Der Generalsekretär der Nato, der Däne Anders Fogh Rasmussen, thematisiert die negative Entwicklung innerhalb der Nato. Er fordert eine stärkere Arbeitsteilung und Rollenspezialisierung. Bisher sind seine Forderungen nach „smart defense“ oder „pooling and sharing“ jedoch Schlagwörter ohne Substanz geblieben. Um Kosten zu sparen, muss man in der Regel zunächst investieren. Dafür fehlen die Bereitschaft und die Ressourcen.

Was kann die Nato noch leisten, wenn die derzeit eingeleiteten Reduzierungen – besonders die europäischen – vorläufig abgeschlossen sind? Man kann nur hoffen und beten, dass die Schwäche nicht von anderen Staaten oder anderen Gewaltakteuren dieser Welt ausgenutzt wird. Angesichts der aktuellen und zukünftigen Risiken – wie beispielsweise Migration, internationaler Terrorismus und globale Energiesicherheit – ist dies nur ein frommer Wunsch. Es bleiben nur begrenzte Fähigkeiten für geographisch, militärisch und zeitlich überschaubare Einsätze wie Evakuierungen nach Naturkatastrophen oder im Umfang und der Zeitdauer begrenzte Stabilisierungsmaßnahmen. Die Nato ist zu einer Allianz der Fähigen und Willigen degeneriert, deren Fähigkeiten zur Landes-/Bündnisverteidigung weiter sinken werden.

Der Autor ist Verfasser des Buches „Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt“. Der Beitrag erschien in der „Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift“ 12/2012.

Reaktion auf Napoleon

1813 wurde in Preußen die Wehrpflicht eingeführt – Die neue Landwehr aus dem Volk sollte das Heer unterstützen

Nach der verheerenden Niederlage Preußens gegen das napoleonische Frankreich im Vierten Koalitionskrieg war es im preußischen Heer zu verstärkten Reformen gekommen, die unter anderem von Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein, Karl August Freiherr von Hardenberg und Gerhard Johann David von Scharnhorst ausgingen. Dabei wurde von den siegreichen Franzosen gelernt, aber auch auf eigene Ideen zurückgegriffen. Schließlich bildete 1813 eine Reihe von Verordnungen den Beginn der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen.

Mit der Annahme der Vorschläge des Grafen Johann David Ludwig Yorck von Wartenburg durch die ostpreußischen Landstände wurde vor 200 Jahren erstmals in Preußen das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht verwirklicht. Scharnhorst schwebte zuvor unter anderem eine Reservarmee vor, deren Grundlage bereits 1803 Karl Friedrich von dem Knesebeck in der Denkschrift „Ideen über die Errichtung einer Vaterlandsreserve und Provinzial- oder Ehrenlegion“ gedanklich niedergelegt hatte. Und wie die französischen Volkshere (Levée en masse) bereits zeigten, konnte die Massenaushebung den Bedarf an Soldaten leichter decken. Die in Ostpreußen beschlossene Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufstellung einer Landwehr wurde zum Vorbild für ganz Preußen. Am 20. März 1813 wurde in der „Schlesischen privilegierten Zeitung“ zusammen mit dem preußisch-russischen



Breslau 1813: König Friedrich Wilhelm III. von Preußen erlässt am 17. März den Aufruf „An mein Volk“. Farbdruck nach einem Aquarell von Richard Knötel

schen Kalischer Bündnisvertrag sowie den Aufrufen Friedrich Wilhelms III. von Preußen „An mein Volk“ und „An mein Kriegsheer“ eine entsprechende gesamtpreußische Landwehrverordnung vom 17. März 1813 publiziert. Dieser zufolge hatten sich

grundsätzlich alle Männer im Alter von 17 bis 40 Jahren, die nicht zu den aktiven Einheiten eingezogen wurden oder als freiwillige Jäger dienten, sich der Landwehr zur Verfügung zu halten. Je nach Bevölkerungsdichte wurde für jedes Gebiet eine bestimmte Anzahl an Wehrdienstleistenden festgelegt. Fanden sich nicht genug Freiwillige, wurde die fehlende Anzahl an Wehrmännern

durch Los bestimmt. Doch die Hauptlast des Krieges sollte weiterhin das Heer tragen, allerdings unterstützt von der neu geschaffenen Landwehr und dem kurz darauf gegründeten Landsturm. Insgesamt sollten zusätzlich zum stehenden Heer 120 000 Mann mobilisiert werden.

Der Landwehrmann Hechel berichtet in seinen Erinnerungen „Unter Blücher nach Frankreich

hinein“ über das Frühjahr 1813: „Mein Herr wollte mich nicht gerne missen und meinte wohl, dass ich's selbst zufrieden sein würde, wenn ich so daheim bleiben könnte. Er rieb mir Schnupftabak in die Augen, damit sie entzündet aussehen sollten

und ich bei der Musterung für den Soldatenstande untauglich befunden würde. Aber zehn Pferde hätten mich nicht gehalten. In der Buckau wusch ich die Augen aus ... Pochenden Herzens eilte ich zu den Fahnen des Königs.“

Dabei war es keineswegs so, dass sich die Landwehr überall großer Beliebtheit erfreute. Die Freiwilligen hatten sich bereits früh gemeldet, so dass später aus den Wehrfähigen zwischen 17 Jahren und 40 Jahren gelost werden musste. Bereits kurze Zeit nach der Verordnung kam es zu den ersten Befreiungen, um die Verwaltung und Wirtschaft des Landes aufrechtzuerhalten. Zudem herrschte bei den Offizieren des Heeres Misstrauen gegenüber der Tauglichkeit eines Volksaufgebotes. Ferner blieben den Landwehrangehörigen die Privilegien der ebenfalls 1813 gegründeten freiwilligen Jäger versagt und ihre Ausstattung war schlechter. Anders als ursprünglich vorgesehen, war die Landwehr nicht völlig unabhängig. So wurde bei der Ausbildung auf Offiziere des stehenden Heeres zurückgegriffen. Auch dienten Landwehrebataillone als Ersatz des stehenden Heeres.

Getreu dem Motto „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen“ wurde die Landwehr nach der siegreichen Beendigung der Befreiungskriege zugunsten des stehenden Heeres zurückgedrängt. Die mit der Landwehr eingeführte Wehrpflicht ist jedoch – mit Unterbrechungen – bis heute geblieben, wenn auch zur Zeit ausgesetzt. *Ulrich Blode*

Die Wurzeln liegen in Ostpreußen

600 Exponate überzählig

SPSG sucht nach Bestandsaufnahme rechtmäßige Eigentümer

Bei einer Bestandsaufnahme der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) sind 600 Exponate aufgetaucht, die dort eigentlich gar nicht hingehören. Das hat nun eine Suche nach den rechtmäßigen Eigentümern ausgelöst.

Samuel Wittwer, Direktor der Abteilung Schlösser und Sammlungen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, erklärte das Auftauchen der 600 Kunstwerke, bei denen die Eigentumsfrage ungeklärt ist, mit der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945/46. In dieser Zeit wurden auch viele Kunstschätze enteignet und landeten „zumeist ohne besondere Kennzeichnung“ in der Sammlung der Schlösser und Gärten. Nur selten seien die Stücke bei der Übergabe, wie es eigentlich geboten gewesen wäre, umfassend dokumentiert worden. Zu DDR-Zeiten seien – mit Ausnahme von Gemälden, Grafiken und Skulpturen – alle anderen Kunstwerke nicht in zentralen Inventarlisten erfasst worden. Diese Praxis der Nicht-Inventarisierung erscheint nur vor dem Hintergrund der mutmaßlich widerrechtlichen Enteignungen verständlich. Offenbar wollte man den in der Mitte Deutschlands entschädigungslos enteigneten Großgrundbesitzern keine konkreten Daten für ihre Rückforderungen an die Hand geben. Die Kunstschätze blieben auf diese Weise unauffindbar oder „verschollen“.

Die Frage, welche Stücke in die Häuser der SPSG gehören und welche nicht, sei „extrem kompliziert“, so Wittwer. Die Herkunftsforschung laufe erst seit dem Jahr 2004. „Noch mühseliger ist die Suche nach dem wahren Eigentümer“, so der Direktor. Wenn sich frühere Eigentümer beim Landesvermögensamt gemeldet hätten, dann erfolge eine Identifikation der geraubten Kunstschätze und genaue Prüfung der Ansprüche. Sei die Her-

Andererseits fehlen der Stiftung noch 4000 Exponate

kunft zweifelsfrei erwiesen, würden die Kunstwerke zurückerstattet. Dieses sei bei einer Reihe von Gemälden, Metallkunstwerken und Keramiken bereits geschehen.

„Was uns nicht gehört, wird zurückgegeben“, betonte Wittwer, der damit eine direkte Aufforderung an alle Eigentümer oder Erben von Kunstschätzen ausspricht, die noch Ansprüche aus den Jahren 1945 bis 1949 anmelden könnten. Wo beispielsweise noch Familienfotos existieren, die eines der vermissten Kunstwerke zeigen, könnte sich ein Antrag auf Restitution lohnen.

In zwei Fällen sei die Rückerstattung aber noch nicht erfolgt, gestand der Stiftungsdirektor ein, weil hier große öffentliche Interessen im Spiel seien. Ein 1994 in

Kraft getretenes Bundesgesetz sieht ein 20-jähriges Nießbrauchrecht vor, weshalb derartige Exponate erst 2014 zurückgegeben werden müssen. Um welche Stücke es sich hierbei konkret handelt, wollte Wittwer allerdings nicht sagen.

Auf der anderen Seite sieht sich die Stiftung durch die Suche nach rund 4000 Exponaten, davon allein 3000 Gemälden, herausgefordert, die seit dem letzten Krieg im Bestand vermisst werden. Die Suche danach gestaltet sich wie die nach der berühmten Nadel im Heuhaufen. Teilweise wurden die Kunstwerke in Bergwerken oder anderen als sicher geltenden Orten eingelagert und gerieten in Vergessenheit, teilweise wurden Kunstschätze auch einfach entwendet oder als Kriegsbeute in ausländische Museen verschleppt. Glücklicherweise gelang es der Stiftung daher, als ihr im Jahr 2010 der „Kommissar Zufall“ zur Hilfe kam. Gleich zehn kostbare Gemälde aus der Bildergalerie von König Friedrich dem Großen (1712-1786) tauchten auf dem Dachboden einer Berliner Wohnung auf. Es handelte sich um Meisterwerke von Jean Raoux (1677-1734), Antoine Pesne (1683-1757), Hendrik van Limborch (1680-1758) und aus der Werkstatt von Peter Paul Rubens (1577-1640). Die Werke waren 1942 ausgelagert worden und über Umwege 1960 in eine Berliner Wohnung gelangt, wo sie „in Vergessenheit“ geraten seien, wie die betreffende Berliner Familie mitteilte. *Hinrich E. Bues*

Lamprechts Filmschätze

Die Deutsche Kinemathek Berlin feiert ihren 50. Geburtstag

Die Kellner im „Billy Wilder's“ nehmen die nahende Berlinale schon wahr. Immer nervöser geht es zu in der beliebten Kino-Bar im Filmhaus, in der sich Produzenten und Filmverleiher auf das am 7. Februar startende Festival garantiert hochprozentig einstimmen. Doch schon bevor es losgeht, wird in der Bar ganz offiziell gefeiert. Denn hier im Herzen Berlins am Potsdamer Platz feiert die Deutsche Kinemathek Anfang Februar ihr 50-jähriges Bestehen.

Gleich auf mehrere Etagen verteilen sich im Filmhaus am Sony Center verschiedene Film-Institutionen. Während sich im Erdgeschoss die Bar und der Museumshop befinden, liegen im Untergeschoss die Kinos Arsenal 1 & 2, in denen Filme zum „Internationalen Forum des Jungen Films“ der diesjährigen Berlinale gezeigt werden. Zur Film-Bibliothek mit ihren 80 000 Büchern, Zeitschriften, DVDs und CDs geht es in den fünften Stock. Zwischen liegt im ersten und dritten Obergeschoss der eigentliche Kern des Filmhauses: die Deutsche Kinemathek mit dem Museum für Film und Fernsehen, in dem derzeit eine höchst interessante Sonderausstellung über den US-Regisseur Martin Scorsese zu sehen ist (die PAZ berichtete).

Keimzelle der Deutschen Kinemathek ist aber nicht der Museumsbereich – der kam erst vor 13 Jahren dazu –, sondern das umfangreiche Film- und Tonarchiv, das der Berliner Regisseur Gerhard Lamprecht (1897-1974)

im Laufe seines Lebens zusammengetragen hatte. Damit fing er schon als Schüler an, als er als Filmvorführer alles sammelte, was mit Kino zu tun hatte. Von der Stummfilmzeit an setzte er seine Kinoleidenschaft fort mit einer Verfilmung von Thomas Manns „Buddenbrooks“. In der späteren Tonfilmzeit arbeitete er mit Billy Wilder (Kästners „Emil und die Detektive“, 1931) und Ufa-Star Pola Negri (Flauberts „Madame Bovary“, 1937). Sein Trümmersfilm

13 000 Stumm- und Tonfilme bilden den Kernbestand

„Irgendwo in Berlin“ (1946) war eine der ersten Babelsberg-Produktionen nach dem Krieg.

1963 kaufte der Berliner Senat die Filmsammlung von Lamprecht sowie eine kleinere von Albert Fidelius, der als Sohn eines Filmverleihers Filme und Wochenschauen gesammelt hatte. Lamprecht wurde erster Direktor des nach der Filmsammlung im Berliner Bundesarchiv sowie dem Deutschen Filminstitut drittältesten deutschen Filmarchivs. Heute besitzt die Deutsche Kinemathek etwa 13 000 deutsche und ausländische Stumm- und Tonfilme. Ein Schwerpunkt ist der Bestand zum Avantgarde-, Experimental- und Dokumentarfilm. Das Filmarchiv tritt mit der Rekonstruktion bedeutender Filme vor, sein Verleih macht die Filme

aus den Beständen der Kinemathek sowie Produktionen der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin für nichtgewerbliche Spielstellen, zum Beispiel Kommunale Kinos, Filmklubs, Volkshochschulen und Universitäten, zugänglich.

Die übrigen Sammlungen umfassen über eine Million Szenen-, Porträt- und Werkfotos, rund 30 000 Drehbücher, 16 000 Plakate, 60 000 Filmprogramme, Zulassungskarten, filmografische und biografische Materialien, Nachlässe sowie Projektoren, Kameras und Zubehörgeräte von der Frühzeit des Kinos bis heute.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sammlungen sind die Dokumente zum deutschen Filmexil. Die Deutsche Kinemathek besitzt die international wohl umfangreichste Sammlung zu diesem Thema. Im Zentrum steht der Schriftverkehr der berühmten amerikanischen Agentur Paul Kohner. In der „Marlene Dietrich Collection“ wird der umfangreiche Nachlass des Ufa- und Hollywood-Stars bewahrt, der 1993 vom Land Berlin erworben wurde. Das Archiv steht für internationale Ausstellungen und die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung.

Seit 2006 widmet die Kinemathek auch dem Medium Fernsehen eigene Ausstellungsflächen im Museumsbereich. Am Donnerstag, 31. Januar, lädt man um 19 Uhr zur Buchpräsentation über ihren Gründer Gerhard Lamprecht ein. Der Eintritt ist frei. So kann man sich gut für die Berlinale warmlaufen. *Harald Tews*

Dschihad an der Seite von Kaiser und Reich

Wie Max von Oppenheim, eine Art preußischer Lawrence von Arabien, Moslems als Kriegsverbündete gewinnen wollte

Im Sommer 1916 trieb der englische Leutnant Thomas E. Lawrence Moslems zum Aufstand gegen die osmanische Kolonialmacht an. Die Absichten der Briten waren eindeutig: Eine „Dschihad“-Revolution sollte militärische Kräfte des türkischen Sultans binden, der im Ersten Weltkrieg ein enger Verbündeter des Deutschen Reiches war. Ein Preuße hatte diesen Plan schon fast zwei Jahre vor Lawrence von Arabien gefasst und umzusetzen versucht: Max von Oppenheim.

Auf die Initiative des arabophilen gebürtigen Kölner jüdischer Abkunft Max Freiherr von Oppenheim wurden muslimische Kriegsgefangene in speziellen Lagern 40 Kilometer südlich von Berlin direkt am Militärstandort Wünsdorf (heute ein Ortsteil der Stadt Zossen) zusammengelegt und bevorzugt behandelt. Für sie wurde sogar eine hölzerne Moschee mit einem 25 Meter hohen Minarett errichtet. Es war der erste islamische Sakralbau auf deutschem Boden.

Der damals 54-jährige Oppenheim, Jurist, Diplomat, Orientalist und Hobbyarchäologe, hatte im Oktober 1914 die „Denkschrift betreffend der Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde“ verfasst. Er wollte einen Aufstand der, wie man damals sagte, „Mohammedaner“ vor allem in Nordafrika anzetteln. Ein „Dschihad“, ein heiliger Krieg sollte Frankreich und England militärisch schwächen. Oppenheim regte außerdem an, eine Nachrichtenstelle für den Orient (NfO) zu gründen – ein Novum, im Grunde eine erste Propagandaeinheit für die psychologische Kriegsführung. Das Kriegsministerium in Berlin war diesen Plänen gefolgt.

Max von Oppenheim war schließlich nicht irgendwer. Er diente zunächst als Ministerresiden-

dent an der Botschaft in Kairo, machte sich dann aber einen Namen als Entdecker von Tell Halaf. Diese Siedlung – sie liegt im aktuell hart umkämpften Nordosten Syriens nicht weit von Aleppo – zeigte Siedlungsspuren bis in die Zeit 6000 v. Chr. Oppenheim war auf sensationelle Funde in einem freigelegten Palast gestoßen. Und er hatte das Ohr des Kaisers, dessen Faible für den Orient ja bekannt war.

Man musste in Berlin über die Eigenheiten Max von Oppenheims hinwegsehen – etwa, dass er seine Wohnräume streng orientalistisch ausstaffiert hatte, dass er gelegentlich in arabischer Kleidung „wie ein Beduine“ spazierte; andere stießen sich prinzipiell an seiner Abkunft aus einer jüdischen Bankiersfamilie. Aber der Mann hatte gute Ideen, bei allem Argwohn mussten ihn Kriegsministerium und Auswärtiges Amt gewähren lassen.

Im November 1914 wurde in Wünsdorf ein „Halbmond-Lager“ eingerichtet, in das 8000 Kriegsgefangene von der Westfront gebracht wurden – Muslime aus Nord- und Westafrika und Indien sowie später auch Hindus und Sikhs, die Großbritannien in Indien schwächen sollten. Die Baracken waren im Halbkreis angeordnet, in dessen Zentrum 1915 die Hölzerne Moschee gebaut wurde. Ein paar Kilometer entfernt in Zossen entstand das „Weinberglager“ für 12 000 muslimische Gefangene von der Ostfront, überwiegend Tataren. Für die Gefangenen gründete Oppenheim eine Zeitung unter dem Titel „Djihad“, die in alle im Lager kursierenden Sprachen übersetzt wurde.

Die Behandlung und Versorgung in diesen Sonderlagern war exemplarisch gut. Auch die medizinische Betreuung der Gefangenen

war mehr als ausreichend, auch wenn einige Hundert von ihnen in der Gefangenschaft starben. Lagerseuchen wie Typhus, Tuberkulose oder Cholera waren zu jener Zeit medizinisch schwer zu beherrschen. Aber jeder verstorbene Gefangene wurde in einem Einzelgrab bestattet und nicht, wie andernorts, in einem Massengrab beigesetzt.

Zeit beim Umgang mit fremden Rassen hatten sich Scharen von Ethnologen und Anthropologen nach Wünsdorf aufgemacht und die Menschen dort interviewt und vermessen, es wurden Tonaufnahmen gemacht, es wurde fotografiert und gefilmt. Die Bilder zeigen entspannte Gefangene, die lesen oder beten. Manche treiben Sport, führen traditionelle Tänze vor

der Königlichen Militär-Eisenbahn bequem zu erreichen.

Lawrence hat seine Erinnerungen in dem Buch „Die sieben Säulen der Weisheit“ überliefert, sein Leben wurde durch den Film „Lawrence von Arabien“ heroisiert. Mit Max von Oppenheims verwegenem Kriegsplan haben sich nur wenige Historiker beschäftigt. Werner Leese, ein Wünsdorfer Orts-

Lawrence von Arabien konnte zwar unter hohen Verlusten mit seinen arabischen Einheiten Damaskus einnehmen – aber nichts von seinen Visionen für die arabische Welt durchsetzen: Die rigorose Nachkriegspolitik der Briten durchkreuzte alle gut gemeinten Absichten.

Max von Oppenheim scheiterte gewissermaßen schon im Ansatz. Seiner Nachrichtenstelle gelang es zwar, Pressevertreter in etlichen Staaten zu beeinflussen und die Haltung vieler Gruppen im Orient nachhaltig zu prägen. Auch die gute Behandlung der Kriegsgefangenen in Wünsdorf machte Eindruck. Oppenheim konnte zwar in Bagdad, Damaskus und andernorts Zeitungen gründen und mit Artikeln aus Berlin beliefern. Mit den Gefangenen im Halbmond-Lager und im Weinberglager aber kamen die NfO-Experten nicht voran. Allenfalls einzelne kleinere Gruppen hatten sich zum Dschihad in die Türkei schicken lassen.

Nach dem Krieg ließ Frankreich die verbliebenen Gefangenen in ihre Heimatländer zurückbringen. Auch die Toten wurden exhumiert und repatriert – denn diesen Stich wollte Frankreich dem Deutschen Reich nicht gönnen: Nichts sollte mehr an den großen Propagandaauftrag der Deutschen erinnern, nichts sollte vom Dschihad im Namen des Kaisers übrig bleiben.

Im Wald hinter dem Militärbereich von Wünsdorf ist heute nichts mehr vom Halbmond-Lager zu sehen, die Moschee war schon in den 20er Jahren verfallen. Auf dem großen Militärfriedhof, heute eine internationale Kriegsgräberstätte, sind nur noch die Namen der Sikh-Soldaten und der Hindus zu finden.

Klaus D. Voss

Weitere Informationen zu dem Thema enthält Stefan M. Kreuzers Buch „Dschihad für den deutschen Kaiser. Max von Oppenheim und die Neuordnung des Orients (1914–1918)“, Ares Verlag, Graz 2012, 19,90 Euro.



Kleidete sich gerne einmal arabisch: Max Freiherr von Oppenheim

Bild: Archiv

Die Muslime durften ihre Religion frei ausüben, den Ramadan halten und Feste wie Bayram feiern – schließlich sollten die fremden Soldaten für die deutsche Sache gewonnen werden.

Es herrschte Kurzweil im Lager und viele Gefangene konnten sich ein Zubrot verdienen, denn: Mit der ganzen Unbefangenheit jener

oder stellen kunsthandwerkliche Gegenstände her. Einige Kriegsgefangene aus dem Halbmond-Lager saßen Künstlern in der Hauptstadt Modell. Unter Berlinern war es in Mode gekommen, sich – wie es eine Zeitung damals annoncierte – die „Menschenfresser“ anzusehen. Der Andrang war groß, denn Wünsdorf war über Zossen mit

chronist und erster Bürgermeister der Gemeinde nach der Wende, konnte viel über das Halbmond-Lager zusammentragen. In jüngerer Zeit hat die Berliner Historikerin Britta Lange Einzelheiten über das Leben der Gefangenen erforscht. Salvador Oberhaus hat sich mit der deutschen Propaganda im Orient auseinandergesetzt.

Stimme der »Stunde Null«

Peter von Zahn gehört zu den ersten deutschen Journalisten, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf Sendung durften

Peter von Zahn, der Reporter mit der markanten Stimme, wurde am 29. Januar 1913 in Chemnitz als Sohn eines Offiziers geboren. Bereits während der Gymnasialzeit entstand bei ihm der Wunsch, Journalist zu werden. Einige Institute lehrten bereits Publizistik, aber er war sich bewusst, dass es nicht um die Praxis, sondern vor allem um das wissenschaftliche Arbeiten ging. Er plante deshalb zunächst ein Jurastudium in Wien. Es sollte aber die Geschichte werden, die er 1932 in Jena zu studieren begann. Später kamen Journalistik und Dramaturgie hinzu. Unterbrochen wurde das Studium durch die Einberufung zum Arbeitsdienst und die freiwillige Meldung zur Wehrmacht in der Hoffnung, später nicht eingezogen zu werden. 1939 fing von Zahn im Berliner Ullstein Verlag an. Obwohl die Familie Ullstein bereits fünf Jahre zuvor enteignet worden war und leitende Angestellte den Verlag verlassen hatten, traf er auf viele Mitarbeiter, die immer noch im Ullstein-Sinne liberal und weltläufig dachten. Den Zweiten Weltkrieg verbrachte er zuletzt als Offizier in einer Propagandakompanie der Wehrmacht.

Nach dem Krieg baute Peter von Zahn den Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR), Vorgänger von Norddeutschem Rundfunk (NDR) und Westdeutschem Rundfunk

(WDR), mit der Vorgabe eines staats- und parteiunabhängigen Senders mit auf. Zusammen mit Axel Eggebrecht, Peter Bamm und anderen konnte er sich auf die Rückendeckung der Engländer verlassen, wenn deutsche Parteifunktionäre die Berichterstat-

beeinflussen wollten. 1948 ging er von Hamburg nach Düsseldorf, wo er zunächst als Korrespondent und ein Jahr später als Studiobereich arbeitete. Mit seinen Kommentaren „Von Rhein und Ruhr“ zog er die Aufmerksamkeit auf sich. Seine Sendungen wurden nicht nur

durch den Inhalt geprägt, sondern auch durch eine ruhige und klar akzentuierte Sprache mit einem markanten Klangeffekt.

Er selber bescheinigte sich in der Biografie „Stimme der ersten Stunde“ Ehrgeiz und Eitelkeit. Aber es ging ihm vor allem um die

Freiheit der Berichterstattung, die ein breites Spektrum an Meinungen bieten und ohne Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten anderer erfolgen sollte. Solange der Widerstand gegen die alliierte Demontagepolitik rechtfertigten, waren sie willkommen. Unerwünscht waren 1950 jedoch Nachrichten über die seiner Meinung nach unzeitige Forderung der Ruhrindustrie nach einem Wegfall der Begrenzung der Stahlproduktion und über den Anspruch der Gewerkschaften auf Mitspracherechte. Überspitzt malte er die Folgen eines möglichen Generalstreiks aus. Schließlich wagte er es, die Schuld an der schleppenden Verabschiedung des Gesetzes zur paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie der Regierung zu geben. Bundesinnenminister Robert Lehr, CDU, wollte daraufhin die Absetzung des Journalisten erwirken, weil dieser den inneren Frieden bedrohe. Adolf Grimme, Generaldirektor des NWDR, wies aber alle Anschuldigungen gegenüber dem Sender und seinem Mitarbeiter zurück. Dabei schilderte von Zahn keineswegs nur die Sicht der Gewerkschaften, deren „organisierte

Zustimmung“ zu seinen Berichten er als dubios empfand.

Als erster deutscher Korrespondent ging er 1951 in die USA. Für ihn war es durchaus keine Flucht vor den Streitigkeiten daheim, wie er in seiner Biografie sagte: „Ich bildete mir ein, dass ohne Kenntnis der Neuen Welt die europäische Zukunft nicht hinreichend beschrieben werden könne. Während einer Rundreise durch die Vereinigten Staaten auf Einladung des Pentagons dämmerte mir im Sommer 1951, dass mein Platz nicht in Hamburg, Düsseldorf oder Paris sein sollte, sondern jenseits des Ozeans. Die großen Entscheidungen würden in Washington fallen.“

In Amerika entstanden die Berichte „Bilder aus der Neuen Welt“ und „Bilder aus der farbigen Welt“, ebenso begleitete er Bundeskanzler Konrad Adenauer bei dessen Besuchen. Auch spätere Sendungen, wie „Bilder, die die Welt bewegten“ über Großereignisse des 20. Jahrhunderts, fanden große Beachtung.

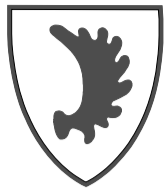
Peter von Zahn arbeitete bis zu seinem Tod am 26. Juli 2001 weiter. Insgesamt verfasste er an die 3000 Rundfunkbeiträge und 1000 Fernsehfilme, für die er vielfach geehrt wurde.

Ulrich Blode



Am Mikrophon: Der deutsche Hörfunk- und Fernsehjournalist Peter von Zahn im Studio des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) im Jahr 1951

Bild: pa



Das Ostpreußenblatt



Nr. 4 – 26. Januar 2013

MELDUNGEN

Das Jahr des Copernicus

Allenstein/Bromberg/Thorn – Die Selbstverwaltungsorgane der Woiwodschaften Ermland-Masuren und Kujawien-Pommern haben 2013 feierlich zum Nicolaus-Copernicus-Jahr proklamiert. Die beiden benachbarten Woiwodschaften planen gemeinsame Veranstaltungen, die an den bedeutenden Astronomen erinnern. In diesem Jahr wird nicht nur Copernicus' 540. Geburtstag gefeiert, vielmehr erschien auch vor 470 Jahren die erste Ausgabe seines Werkes „De revolutionibus orbium coelestium“ („Über die Umschwünge der himmlischen Kreise“). Copernicus wurde am 19. Februar 1473 in



Nicolaus Copernicus Bild: Archiv

Thorn in der heutigen Woiwodschaft Kujawien-Pommern geboren und ist am 25. Mai 1543 in Frauenburg in der heutigen Woiwodschaft Ermland-Masuren gestorben. Er war Frauenburger Domherr, Jurist, Administrator und Arzt, beschäftigte sich aber auch mit Mathematik und Astronomie. Deswegen möchte das Forschungszentrum in Allenstein (Osrodek Badan Naukowych im Wojciecha Ketrzynskiego) eine interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft gründen, die zum Leben und Schaffen von Copernicus forschen und seinen 550. Geburtstag im Jahre 2023 vorbereiten soll. E.G.

Neue Bezugsquelle

Wilna – Die von Vilija Gerulaitienė im Auftrag des Historischen Instituts für Geschichte in Wilna herausgegebene zweisprachige Fassung von Theodor Lepners Werk „Der Preusche Littau“ ist mittlerweile nicht mehr über die Botschaft der Republik Litauen in Berlin, sondern über das Historische Institut für Geschichte in Wilna, Lietuvos istorijos institutas, Kražiu g. 5, LT-01108 Vilnius, Telefon 0037052628715, Fax 0037052611433, E-Mail: knygynas@istorija.lt, zu beziehen. V.G.

»Beste Exportfirma«

Königsberg – Der Unterhaltungselektronikkonzern Teleball ist als „beste Exportfirma“ mit dem Bernstein-Merkur-Preis der Königsberger Industrie- und Handelskammer ausgezeichnet worden. PAZ

Bergung unter Baggerschaufeln

Pillau baut Kindergarten auf Friedhof – Gebeine bei Erdarbeiten: Bodenuntersuchung offenbar versäumt

Was sich in Pillau ereignete, hat nicht nur viele Bürger der Stadt zutiefst schockiert; die Nachricht verbreitete sich in Windeseile über das Internet und in den örtlichen Medien: Auf dem Gelände eines ehemaligen deutschen Friedhofs soll ein moderner Kindergarten für 240 Kinder entstehen, mit großem Spielplatz und Schwimmbad. Als zu Beginn der Bauarbeiten Totenschädel und Gebeine zutage kamen, war sofort klar: Der Auftraggeber hat vor Baubeginn auf die vorgeschriebene Bodenuntersuchung verzichtet.

An der Stelle, an der in Pillau ein moderner Kindergarten entstehen soll, liegen die sterblichen Überreste von schätzungsweise 150 Menschen. Bis 1945 wurden hier verdiente Bürger der Stadt beerdigt. Als die Bauarbeiten begannen, hoben die Baggerschaufeln schon bei der ersten Bodenberührung menschliche Gebeine aus. Passanten beobachteten das Geschehen schockiert. In Windeseile verbreitete sich die Nachricht aus Pillau über die Grenzen des Königsberger Gebiets hinweg.

Walerij Limonow, Direktor der regionalen Forschungsinstitution „Westliche Zitadelle“, forderte einen sofortigen Baustopp und die Exhumierung der Gebeine. Limonow kritisierte, dass die Behörde, welche die Baugenehmigung erteilt hat, zuvor eine geologische Untersuchung hätte durchführen müssen. Dies sei offensichtlich unterlassen worden. „Die Bauarbeiter hätten ihre Arbeit sofort



Historisches Erbe: Bagger legten Gebeine auf einem ehemaligen deutschen Friedhof in Pillau frei (links), Kranzniederlegung am 21. Februar 1937 auf einem Friedhof am Heldengedenktag

einstellen müssen, als sie die Überreste entdeckten. Aber das ist nicht geschehen. Ich habe an die Staatsanwaltschaft geschrieben mit der Bitte zu überprüfen, inwieweit diese Arbeiten gesetzeskonform sind.“

Die Stadt reagierte auf die Empörung, indem sie zwar nicht die Bauarbeiten einstellen ließ, aber immerhin die Organisation „Avanport“ mit der Bergung der Gebeine beauftragte. Avanport hat Erfahrung mit solchen Arbeiten. In Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge haben die freiwilligen Helfer bereits bei der Umbettung von 13 500 Gefallenen des Zweiten Weltkriegs

geholfen. Ohne Bezahlung sammelten nun junge Helfer in Pillau Knochen – während über ihnen die Baggerschaufeln schwebten – zunächst in Plastiktüten, um sie

Stadtverwaltung wusste Bescheid

später auf dem Gelände der Pillauer Alexander-Newskij-Kirche beizusetzen. Die Stadtverwaltung versprach, die sterblichen Überreste vorsichtig zu behandeln. Forscher versuchen, die Namen der Verstorbenen herauszufinden. Danach sollen sie mit allen Ehren und un-

ter Beteiligung eines protestantischen Pfarrers beigesetzt werden.

Währenddessen gaben sich die Verantwortlichen der Stadt Pillau und der Kreisverwaltung gegenseitig die Schuld. Kreisverwaltungschef Nikolaj Daschkin warf der Stadtadministration vor, nicht über den Friedhof informiert zu haben. Die Stadt wies diesen Vorwurf zurück und behauptete, selbst keine genaue Kenntnis von der Lage des ehemaligen deutschen Friedhofs gehabt zu haben, denn in den 50er Jahren hätten die Sowjets sämtliche Grabsteine entfernt.

Limonow lässt diese Ausreden nicht gelten. Hätten die Verantwortlichen einen Blick auf die all-

gemein zugänglichen historischen Karten der Stadt Pillau und in die entsprechenden Archivunterlagen geworfen, hätten sie gewusst, dass es dort einen Friedhof gegeben hat. Vor Ort wurden noch Grabsteine aus den Jahren 1890 bis 1945 gefunden.

Der Vorfall in Pillau ist ein weiterer Beweis dafür, dass Bauherren in der Region es nicht so genau nehmen mit den Vorschriften. Behörden leisten Profiteuren Hilfe, indem sie Baugenehmigungen ohne genaue Prüfung erteilen. Ähnliche Fälle werden immer wieder aus der Gebietshauptstadt und anderen Orten des Königsberger Gebiets bekannt. M. Rosenthal-Kappi

Mit Investitionen gegen die Arbeitslosigkeit

Allenstein soll eine Straßenbahn und das größte Einkaufszentrum der Region bekommen

Dieses Jahr und die kommenden halten für das südliche Ostpreußen viele Veränderungen parat. Geplant sind ein Flughafen in Schimanen, die Erneuerung von Landstraßen, eine Straßenbahn in Allenstein und der Bau des größten Einkaufszentrums in der Region. Verbunden mit diesen Projekten ist die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum und damit einhergehend weniger Arbeitslosigkeit. Zurzeit beträgt die Arbeitslosenquote in Ermland und Masuren 20,4 Prozent. Das ist Negativrekord in der Republik Polen. Deswegen braucht dieses Gebiet dringend eine wirtschaftliche Entwicklung.

Die Einwohner der Region warten schon lange auf einen Flughafen und möglicherweise wird dieser Traum bald wahr. Das für den Bau des Flughafens in Schimanen verantwortliche Unternehmen hat einen Umweltbescheid beantragt. Es kann noch bis zu drei Monaten dauern, aber es ist ein wichtiger Schritt. Der Flughafen in Schimanen wird 200 Millionen Zloty (mehr als 48 Millionen Euro) kosten, 76 Prozent davon zahlt die

Europäische Union. Das ganze Projekt soll bis 2015 fertig sein, sonst müssten die EU-Mittel zurückgezahlt werden.

Die Region kann aber auch mit beendeten Projekten aufwarten.

Landstraßenstrecken sollen noch erneuert werden: Nr. 15 Kreuzung Lindendorf, Nr. 16 Alt Bagnowen, Nr. 65 Niedzwidzken-Prostken, Nr. 59 Weydicken-Rhein, Nr. 7 Horst-Reichenau, Nr. 53 Davids-

stattgehen. Die Stadt soll 2014 wieder eine Straßenbahn haben. Die Linie wird den Stadtteil Jaroty mit dem Zentrum verbinden. Allenstein kauft 15 Solaris-Fahrzeuge für 120 Millionen Zloty (fast 29 Millionen Euro). Allerdings hat die spanische Firma FCC Construcción, die für den Bau der Straßenbahnstrecke verantwortlich ist, noch nicht alle Bauprojektunterlagen eingereicht, weswegen es zu Verzögerungen kommen kann. Allenstein verhandelt gerade mit dem spanischen Unternehmen, damit das ganze Projekt bis Mitte kommenden Jahres fertig wird.

Die Straßenbahn wird nicht die einzige Neuigkeit in Allenstein sein. Der Bau eines neuen Einkaufszentrums ist bereits genehmigt. Die „Galeria Warminska“ (ermländische Einkaufsgalerie) wird an



Noch nur geplant: „Galeria Warminska“ in Allenstein

Bild: Archiv

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 20 Kilometer Landstraße erneuert, darunter die Strecke Allenstein-Diwitten auf der Straße Nr. 51 oder und die Strecke Osterode-Reichenau der Nr. 7. Weitere acht Kilometer der folgenden

hof-Ortelsburg, Nr. 59 Puppen-Friedrichshof, Nr. 53 Groß Jeruten-Friedrichsfelde, Nr. 51 Liewenberg-Wald.

Die größten Veränderungen werden in den kommenden Jahren wahrscheinlich in Allenstein von

der Kreuzung der Straßen Sikorskiego und Tuwima gebaut. Das Objekt wird insgesamt 116 675 Quadratmeter groß werden. Auf zwei Etagen wird man rund 147 Geschäfte, Restaurants, Cafés, Kinos, Bowlinganlagen und Fitnesszentren finden. Dazu kommt noch ein Parkplatz mit 1200 Plätzen.

Das Gebiet des südlichen Ostpreußens hat schon immer wunderschöne Landschaften gehabt, was gerade für den Tourismus

Flughafen in Schimanen geplant

sehr wichtig ist, aber ohne gute Straßen und einen Flughafen wird sich diese Branche nicht weiter entwickeln. Die Region braucht jetzt kluge Wirtschaftspolitik, damit die schöne Natur bewahrt wird und gleichzeitig der ökonomische Fortschritt nicht gehemmt wird. Den Bewohnern der Region ist zu wünschen, dass die geplanten Investitionen neue Arbeitsplätze schaffen und die Konjunktur ankurbeln. Edyta Gladkowska



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

in den letzten Folgen haben wir über Schicksale berichten müssen, die uns doch sehr berührt haben und zum Nachdenken zwangen. Heute wollen wir es etwas leichter angehen lassen, eine kleine Atempause zwischen den großen Suchwünschen einlegen und vor allem einmal sichten, was sich da an Reaktionen auf die letzten Veröffentlichungen ergeben hat. Zuerst möchte ich auf die Frage von **Maria von Finkenstein** zurückkommen, ob es noch Leserinnen und Leser gibt, die sich persönlich an ihren Vater, den Schriftsteller **Ottfried Graf Finckenstein**, erinnern und beitragen könnten, seine Biographie zu ergänzen. Die Tochter des großen Erzählers, der vor 25 Jahren verstarb, lebt heute

in Kanada, wollte aber einen bereits geplanten Aufenthalt in Berlin dazu benutzen, um mit den Leserinnen und Lesern, die sich melden würden, in Verbindung zu treten. Ich wartete also, bis sie mir den Termin nannte, leider gab es einige Verzögerungen, da sie die Veröffentlichung ihres Wunsches in der Folge 46/12 der PAZ erst spät erhalten hatte, und nun ist Frau von Finckenstein schon in Berlin. Da sie aber bis zum Sommer in Deutschland bleiben wird, ist also Zeit genug vorhanden, sich mit ihr in Verbindung zu setzen. Auf die Veröffentlichung hatte sich bereits ein naher Verwandter gemeldet, der mit ihr in Verbindung treten wollte, was wohl inzwischen erfolgt ist. Sie selber hat sich bei mir gemeldet, weil sie daran interessiert ist, zu erfahren, wie ich meinen verehrten Kollegen aus dem Königsberger Schriftstellerkreis in Erinnerung habe – und da gibt es viel zu erzählen. Sie wird mich also bald besuchen, und ich freue mich auf ein Gespräch mit ihr. An unsere Leserinnen und Leser ist aber weiter ihre Bitte gerichtet, sich an sie zu wenden, wenn sie besondere Erinnerungen an den Schriftsteller haben, vielleicht seine Bücher mit Widmung, Briefe oder andere

schriftliche Dokumente besitzen. Auch an Fotos und Zeitungsausschnitten mit Berichten über seine Werke und Lesungen ist die Tochter interessiert. Ihre Berliner Anschrift lautet: Maria von Finckenstein, Badensche Straße 6 in 10825 Berlin-Schöneberg. Telefon (01520) 6080509.



Königsberger Poet: Walter Scheffler Bild: privat

Es ist gut zu wissen, dass ein künstlerisches Erbe aus der Vertriebenengeneration so lebendig bleibt und auch weiter behütet wird, was ja bei vielen Persönlichkeiten aus dem ostdeutschen Kulturleben nicht immer der Fall ist. So wissen wir auch jetzt den literarischen Nachlass des Dichterpaares **Margarete** und **Fritz Kudnig** gut bewahrt. Die Tochter der Eheleute, Frau **Marianne Cornils**, hat nun den bisher nicht archivierten Nachlass – in dem sich vor allem viele Manuskripte aus dem Nachkriegsschaffen von Margarete Kudnig befinden – dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen übergeben, wo er nun seine endgültige Bleibe gefunden hat. Fritz Kudnig wurde vor allem durch seine Nehrungsgedichte bekannt, sein reges lyrisches Schaffen bereicherte die ostpreußische Literaturszene in der Zeit zwischen den Weltkriegen ungenügend. Margarete Kudnig, eine gebürtige Dithmarscherin, schrieb damals auch Texte für Kompositionen von **Herbert Brust**, der zu dem sich um die Kudnigs formierten Künstlerkreis gehörte wie

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Bild: Pawlik

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

auch der Königsberger Poet **Walter Scheffler**. Diese und andere herausragende Persönlichkeiten aus dem Königsberger Kunstschaffen haben sich in das Gästebuch der Kudnigs eingetragen. Fotos, Zeichnungen, Gedichte – letztere vor allem von Walter Scheffler, lassen dies Gästebuch heute als einen Reflektor des damaligen Kulturschaffens erscheinen. So trug sich am 12. Januar 1944 – also vor 68 Jahren – Scheffler mit einem Poem in das Gästebuch ein – betrübt, weil er mit leeren Händen kommen musste. Nur mit seinem „ollen Kopf“, über den er schrieb: „Schön wie ein Tulpenstengel ist er nun freilich nicht. Der späten Blüte Mängel zeigt schon sein Angesicht. Doch zwischen all den Runzeln und unter grauem Haar blüht noch ein munteres Schmunzeln, und das ist heute rar ...“ Es wurde noch rarer, denn ein Jahr danach verließ Walter Scheffler mit einem Flüchtlingsschiff seine Heimatstadt Königsberg, gemeinsam mit **Agnes Miegel**, die ihn ihren „alten lieben Pregelgreis“ nannte. Als der seit frühester Jugend Gehörlose im dänischen Flüchtlingslager seine langjährige Lebensgefährtin heiratete, war die Dichterin seine Trauzeugin. Für das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen bedeutet dieses Buch eine Ergänzung zu dem bereits dort vorhandenen umfangreichen Nachlass von Walter Scheffler. Die ganze Bandbreite des ostpreußischen Kulturschaffens der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wird spürbar, wenn man den gerade erschienenen Novellenband der Königsberger Schriftstellerin **Katarina Botsky** „In den Finsternissen“ zur Hand nimmt, einem von **Martin A. Völker** herausgegebenen Reprint, über den wir bereits in der Planungsphase berichteten. Denn der Berliner Kulturwissenschaftler hat es sich zur Aufgabe gemacht, Publikationen herauszugeben, die sich mit den Werken fast vergessener Autoren befassen. Zu ihnen gehören ostpreußische Literaten wie **Martin Borrmann**, **Gutti Alsen** und eben **Katarina Botsky**. Deshalb hatte sich Herr Dr. Völker auch an uns gewandt, weil er etwas über das Umfeld der in Königsberg als **Katarina Botzke** geborenen Schriftstellerin wissen wollte. Für diese Unterstützung bedankt sich Dr. Völker auch in dem Band, der – eingerahmt in Prolog und Epilog – zehn Novellen enthält, die Botsky zwischen 1911 und 1936 für den „Simplicissimus“ schrieb. Es sind zeitkritische Arbeiten, in denen Schicksale aufgezeigt werden, die in ihrer von Armut und Dürsttheit gezeichneten Lebenswelt resignieren und immer tiefer in die Ausweglosigkeit geraten. Katarina Botsky galt vor allem in den 20er Jahren als starke Ver-

treterin der literarischen Moderne, ihre Novellen beschreiben die Schwere des Seins, sie sind nicht leicht zu lesen und verlangen eine intensive Auseinandersetzung mit den geschilderten Sujets, die für heutige Leser viel Unerklärliches beinhalten. Außer dem anspruchsvollen literarischen Gehalt bieten die Novellen einen beeindruckenden Zeitspiegel, der in dem Nachwort des Herausgebers eine willkommene Erläuterung findet. Herr Dr. Völker plant noch einen weiteren Band mit Botsky-Erzählungen herauszugeben, in dessen Mittelpunkt die bekannteste Erzählung der Schriftstellerin, „Laura oder der Markt zu Wehlau“, stehen wird. Auch ein Buch mit Arbeiten der Schriftstellerin **Gutti Alsen** steht vor der Herausgabe. Das Bemühen des Berliner Kulturhistorikers für die „fast Vergessenen“ unter den ostpreußischen Schriftstellern ist nicht hoch genug einzuschätzen. Wir danken ihm sehr dafür. Für mich hat dieser Band eine besondere Bedeutung, zeigt er doch auf dem Umschlag eine Federzeichnung von **Gertrud Lerbs-Bernecker**, die von der ostpreußischen Künstlerin für eine der in dem Band enthaltenen Novellen geschaffen wurde. Da ich mit dieser bedeutenden Malerin und Graphikerin sehr verbunden gewesen war – sie illustrierte auch eine Novelle von mir –, war ich nun erfreut zu lesen, dass sie mehrere Zeichnungen für die Arbeiten von **Katarina Botsky** angefertigt hatte.



Federzeichnung von Gertrud Lerbs-Bernecker

Bild: privat

(Katarina Botsky „In den Finsternissen“. Hrsg. von Martin A. Völker, Elsinor Verlag, Coesfeld, 108 Seiten, 12,80 Euro, ISBN 978-3-942788-07-6.)

Es hat sich auch sonst viel getan, doch nicht jedes Echo findet sich hier als Wiederhall in unserer Kolumne, weil die Zuschriften mit persönlichen Aussagen verbunden sind, die nicht veröffentlicht werden sollen. Von unserem

Landsmann **Herbert Skroblin** aus Wächtersbach habe ich das nicht zu befürchten, denn von ihm stammt ja der Extra-Beitrag in der PAZ Folge 50 über die „Klotzkorken, Schlorren und Paretzkes“, und nun möchte er die Reaktionen der Leser schildern: „Es haben sich einige Leser gemeldet, die das Gerät noch in Aktion gesehen haben und mir wortreich die Arbeit des Klumpenmachers schildern. Dabei zeichnet sich ab, dass die Bezeichnung ‚Schneidebank‘ eher im nördlichen Ostpreußen gebraucht wurde. Weiter südlicher, so im Kreis Rastenburg, kannte man die ‚Klumpenbank‘. Den mir geläufigen Ausdruck ‚Schnitzbank‘ kannte niemand. Ein gebürtiger Angerapper gab mir aber den Tipp, in Grimms Märchen nachzulesen. Und siehe da: Im ‚Märchen von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen‘ sagt der Sohn beim Weggang vom elterlichen Hof: ‚So bitt ich um eine Feuer-, eine Drehbank und eine Schnitzbank mit dem Messer.‘ Die Schnitzbank konnte er bald gut gebrauchen. Als ihn zwei große, schwarze Katzen ansprangen, packte er sie beim Kragen, hob sie auf die Schnitzbank und schraubte ihnen die Pfoten fest. Dann schlug er sie tot und warf sie in das Wasser. Die erste Probe war bestanden, dank der Schnitzbank! Die Brüder Grimm haben das Märchen vor 200 Jahren in Hessen gefunden und herausgegeben. So ist es möglich, dass ich diesen Ausdruck erst

zu finden war, auch nicht in meinem mit ostpreußischer Lyrik reich bestücktem Archiv. Denn dass es aus unserer Heimat stammen könnte, darauf weisen die wenigen Angaben hin, die Herr **Reimar Vogel** machen kann: Seine Schwiegermutter stammte aus Königsberg und konnte noch mit über 100 Jahren einen Teil dieses Gedichtes rezitieren. Und auch die Anfangszeile lässt vermuten, dass es von einem ostpreußischen Autor stammt, denn sie lautet: „Stille, ganz stille ruht der Strand. Nur ein kleiner Knabe, der budelt noch im Sand.“ So, das war's! Wer kann sich an dieses Poem erinnern und kann eventuell auch den Verfasser/die Verfasserin nennen? (Reimar Vogel, Ellerried 42 in 19061 Schwerin.)

Wir Ostpreußen haben es nun einmal mit der Dichtkunst, das hat auch schon einer unserer bekanntesten Skribenten, **Hans Hellmut Kirst**, festgestellt und dies in seinem „Deutschland Deine Ostpreußen“ dokumentiert: „Ostpreußens Literatur ist, gemessen an seiner Bevölkerung, gigantisch gewesen. Vermutlich ist dort jeder zweite, bestimmt aber jeder dritte Einwohner eine Art verhandelter Dichter. Die meisten schreiben jedoch nur heimlich.“ Das hat sich geändert, viele Leserinnen und Leser bringen ihre Gedanken zu Papier, und es vergeht kaum eine Woche, an der nicht irgendein Gedicht auf unseren Schreibtischen landet. Es sind heitere Poeme darunter wie das von **Ingrid Preylowski**, die sich aus meiner Plauderei über den „Klingerschlitten“ das Hinstörchen von den 13 Berliner Pfannkuchen herausuchte und darüber so gelacht hat, dass sie es gleich in Verse setzte. Kommt also in die Mappe „Silvester“ und wird Ende des Jahres unsere Leser erfreuen. Aber auch ernste Gedanken finden ihre Form, und zwei haben wir ausgesucht, weil sie aktuelle Themen ansprechen. Frau **Theda van Lessen** übersandte uns ein Gedicht ihres 97-jährigen Vaters, in dem er seine Überlegungen zur heutigen Medienwelt in Verse gebracht hat. Der Ostfrieser lernte unsere PAZ über seine Frau kennen und wurde zum begeisterten Leser. In dem anderen Gedicht macht sich ein Leser aus Freiburg Gedanken über unser Leben in unserer hektischen Zeit und übersandte es uns als Wegweiser für das nun begonnene Jahr. Wir danken dafür und geben diese Gedichte, die für

die PAZ geschrieben wurden, im vollen Text an unsere Leserinnen und Leser weiter.

Eure

Ruth Geede

Gedichte zum Zeitgeschehen aus unserem Leserkreis

Gedanken eines Ostfriesen sowie eines Freiburgers

In der Zeitung kann man lesen, was alles irgendwo gewesen: Kulturkampf in der Türkei, Wahlen in der Slowakei. Von Piraten in Somali und vom Bürgerkrieg in Mali, einem Anschlag in Afghanistan in dem wirren Kriegeswahn. Wahlen in Amerika um den Präsidenten Obama. Dort laufen diese Wahlen mit Riesenkampfkostenzahlen.

Doch auch bei uns im eignen Land sich manches zu berichten fand. Ein Millionen teurer Brand bei

Nacht im Niedersachsenland. An einem Autobahnausbau ein stundenlanger Riesenstau. Die hohe Arbeitslosenzahl macht der Regierung manche Qual. Dass mehr Asylanten kommen, die wir alle aufgenommen. Dass die Kanzlerin nach Brüssel läuft, Schulden dort auf Schulden häuft. Dazu ein langer Kommentar, dass alles gut und richtig war. Die Leser sucht man so zu lenken, verhindern, dass sie selber denken. Zeitungen in ihrer Masse

bilden eine Einflussklasse. Sie prägen die Erscheinung einer öffentlichen Meinung. Wenn die Presseagentur liefert eine Meinung nur, Rundfunk und das Fernsehen in dieselbe Richtung gehen. Wer eine andere Meinung predigt, der wird von ihr erledigt. Die Medien bestimmen, wohin wir Deutschen schwimmen.

So weit das Gedicht des ostfriesischen Vaters von Frau **Theda van Lessen**.

Wollen wir dieses Leben wirklich?

Wir haben größere Häuser, aber kleinere Familien, mehr Bequemlichkeit, aber wenig Zeit, mehr Wissen, aber weniger Urteilsvermögen, mehr Experten, aber größere Probleme. Wir rauchen und trinken viel, aber lachen wenig, fahren zu schnell, regen uns unnötig auf, sehen zu lange fern, stehen zu müde auf, lesen zu wenig, denken selten vor, halten keine

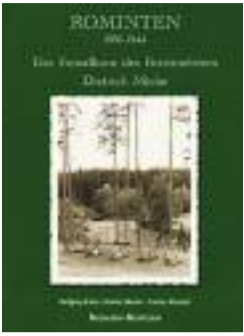
Zwiesprache mehr. Wir haben unsern Besitz vervielfacht, aber unsere Welt reduziert. Wir wissen, wie man den Lebensunterhalt verdient, aber nicht, wie man lebt, wir haben dem Leben Jahre zugefügt, aber haben verlernt, den Jahren Leben zu geben. Wir kommen zum Mond. Aber nicht mehr zu der Tür des Nachbarn, wir haben den Weltraum erobert, aber nicht den Raum in uns gefüllt, wir können Atome spalten aber nicht un-

sere Vorurteile, wir leben in einer Zeit, in der es wichtiger ist, etwas dazustellen als zu sein. Wollen wir dieses Leben wirklich? Oder ist es Zeit, etwas daran zu ändern?

Der Verfasser dieser Worte, der Freiburger **Werner Suffa-Paulus**, fügt seinen, uns zum Nachdenken zwingenden Gedanken, die Weisung an: Nimm dir Zeit, freundlich zu sein! Das ist der Weg zum Glück! R.G.

Rominter Heide damals

Autorenteam präsentiert Fotoalbum des Forstmeisters Micke



Das Autorenteam Dr. Wolfgang Rothe, Daniela Wiemer und Carsten Streufert, hat für diese ursprünglich unvollständige Fotoalbum des letzten Forstmeisters aus Rominten, Dietrich Micke, durch aufwendige Bearbeitungen und Ergänzungen des historischen Materials, eine anschauliche Fassung ausgearbeitet.

Die Fotos werden ergänzt durch eine Dokumentation des Jägerhofes mit seinen Jagdgästen. Er gehörte zwar nicht zu Mickes Forstamt, sondern zu Nassawen, lag aber ganz in der Nähe, wie Lage- und Baupläne, Luftbilder der Luftwaffe von 1944 und Innen- und Außenaufnahmen einen umfassenden Überblick über diese ausgedehnte Anlage vermitteln, die sich harmonisch in die Landschaft fügte.

Umfangreich bebildert und beschrieben ist das ehemalige Herzstück der Rominter Heide,

Einblick in Forst- und Jagdalltag der Jahre 1936 bis 1944

Die unwiederbringlich untergegangene Landschaft der Rominter Heide mit ihrem weltberühmten Jagd- und Forstgebiet wie es bis 1944 bestand, erlebt hier eine lebendige, authentische Darstellung, die eine dauerhafte Erinnerung daran bewahrt.

Durch die Einzäunung der 25 Quadratkilometer großen Waldlandschaft „Rominter Heide“ erreichte man, auch durch gezielte Winterfütterungen, Rotwildbestände mit starker Geweihbildung heranzuzüchten; die stärksten Hirsche wurden traditionell mit eigenen Namen bezeichnet - beehrte Trophäen, wie die Fotoaufnahmen eindrucksvoll belegen.

Die Autoren ergänzen das Fotoalbum Mickes mit zusätzlichen Fotos und Karten zu seinem Wohn- und Wirkungsorten Nassawen und Rominten, zu den Erlegungsorten der stärksten im Fotoalbum abgebildeten Hirsche und zur Lebenswelt in Rominten. Dem Leser werden damit konkrete Eindrücke vermittelt. Auch die spektakulären Aktionen, Luchse und rückgezüchtete Auerochsen auszuwildern, werden in den Fotodokumenten dargestellt.

das kaiserliche Jagdhaus, in dem Wilhelm II. seine Jagdaufenthalte verbrachte, nach 1918 ein attraktiver touristischer Anziehungspunkt für Einheimische und Besucher. Das Ambiente des dörflichen Charakters mit den imponierenden Bauten des Ensembles Jagdschloss, Hirschbrücke, Hubertus-Kapelle und Hirschdenkmal ist bis heute legendär und bekannt. Im nahegelegenen Forsthaus Rominten wohnte die Familie des Forstmeisters Dietrich Micke und bis zur Flucht 1944.

Auch das Oberforstamt Nassawen, der erste Dienstort Mickes, wird durch Fotos aus dem privaten Album dokumentiert. Viele bekannte Forstmeister wirkten in Nassawen, zuletzt als Vorgesetzte Mickes die OFM F. Wallmann und W. Frevert, dessen zahlreiche Publikationen über die Rominter Heide Bestsellern wurden. Auszüge aus seinen Texten untermalen die Fotos präzise und entführen den Betrachter an vergessene Orte.

Nicht zuletzt erfährt der Leser in einem Kapitel auch Genaues

über viele der seit 1930 erlegten Hirsche der Rominter Heide, ihre Erlegungsorte und Daten aus dem bisher unveröffentlichten Hirschlagerbuch Freverts: Fotos, Aquarelle Löbenbergs und Gautschis. Interessante Aspekte bilden dabei die Fotoaufnahmen, die Micke an den Fütterungen in den verschiedenen Jagden der Reviere mit seiner Leica mit Teleobjektiv machen konnte - einzigartige Bilddokumente für heutige Betrachter.

So sind die wenigen geretteten Bilddokumente des letzten Rominter Forstmeisters Dietrich Micke authentisches Zeugnis einer Ära, wie sie auch ohne den Zweiten Weltkrieg heute so wohl nicht mehr unverändert weiter bestanden hätte - denn: alles hat seine Zeit.

Prussia

Wolfgang Rothe, Daniela Wiemer, Carsten Streufert, PRUSSIA Gesellschaft (Werkreihe 37), (Hg.): „Rominten 1936-1944, Das Fotoalbum des Forstmeisters Dietrich Micke“, Neumann-Neudamm, 160 Seiten, zahlreiche Abbildungen s/w und in Farbe, 29,95 Euro. Bezug: W. Rothe, Telefon (0201) 463807 - info@wolfgangrothe.de



»Sie sind Ostpreuße«

An der Sprache erkannte Anja Dietel den Landsmann

Als ich mit meiner Frau in der Toscana Therme in Bad Sulza weilte, war bei der Anmeldung an der Rezeption eines zu besprechen. Anja Dietel, eine junge und sehr charmante Dame, war dabei sehr behilflich. Im Laufe der Gespräche fragte sie mich, nach der Aussprache müsste ich doch ein Ostpreuße sein? Ich bejahte dies, ich bin ein Angerburger. Prompt kam die Antwort: „Meine Mutter Edeltraut Dietel ist die Landesvorsitzende der Landmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Thüringen. Sie ist in Goldap geboren und auch die

Stadtvertreterin der Stadt Goldap.“ Anja Dietel ist jetzt eine führende Kraft beim Kurhotel an der Therme in Bad Orb.

In der Hotelhalle schön anzusehen ein Elch, aufgestellt auf einer Säule.

Siegfried Kugies



Vor dem Elch: Anja Dietel (m.) mit Ehepaar Kugies

Preis für Vertriebene

Hessen schreibt zum zweiten Mal einen Wettbewerb aus

Zum zweiten Mal schreibt die Hessische Landesregierung den Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ aus. Das kündigte die Staatssekretärin Petra Müller-Klepper in Wiesbaden an. „Mit der Stiftung des Preises soll daran erinnert werden, dass fast ein Drittel aller in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger entweder Flucht oder Vertreibung selbst erlebt haben, durch das Schicksal der nächsten Angehörigen betroffen sind oder als Aussiedler hier leben“, hob Müller-Klepper hervor. Der von dieser großen gesellschaftlichen Gruppierung ausgehende Einfluss habe das kulturelle, wirtschaftliche und soziale Leben in der Bundesrepublik und Hessen bereichert und trage nach wie vor zur Weiterentwicklung Deutschlands und Europas bei. „Damit dies nicht aus dem Blickfeld gerät, will das Land Hessen hervorragende kulturelle, literarische oder wissenschaftliche Leistungen in diesem Themenfeld durch den Hessischen Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ auszeichnen“, erklärte die Staatssekretärin.

Die Geschichte Hessens sei gerade mit dem Schicksal eines großen Teils der Russlanddeutschen eng verknüpft, so Müller-Klepper

Hohen Beitrag zur Geschichte geleistet

weiter. Im Jahr 2013 sei es 250 Jahre her, dass Katharina II. das Einladungsmanifest verabschiedete, mit dem sie um die Auswanderung von Deutschen nach Russland warb. Etwa 20 000 Auswanderer aus Hessen folgten dem Ruf der Zarin. Infolge der Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion zum Ende des letzten Jahrhunderts kamen viele Nachkommen der vor 250 Jahren Ausgewanderten wieder nach Deutschland. Dieses Jubiläum soll mit dem Preis in diesem Jahr besonders gewürdigt werden. Daher werden bei der Auswahl

der eingegangenen Bewerbungen Vorschläge zum Thema „Hessen und die Russlanddeutschen“ besonders berücksichtigt. Dies schließt allerdings nicht aus, dass auch andere Bewerbungsvorschläge aus dem Themenbereich der deutschen Vertriebenen bei der Preisvergabe berücksichtigt werden können.

Der Preis ist mit 7500 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre verliehen. Einsendeschluss ist der 15. März 2013. Vorschläge oder Bewerbungen richten Sie bitte an:

Hessisches Sozialministerium, Abteilung IV, Dostojewski-straße 4, 65187 Wiesbaden. E-Mail: landesausgleichsamthessen@hsm.hessen.de

Der Preis wird am 15. Juni 2013 auf dem Hessestag in Kassel am Tag der Vertriebenen verliehen. Weitere Informationen zu dem Preis stehen im Internet unter www.hsm.hessen.de (Arbeit & Soziales / Flucht und Vertreibung / Landespreis Flucht und Vertreibung). PAZ

A large crossword puzzle grid with 15x15 cells and various clues in German. The clues include words like 'Ver-schleiß, Abnut-zung', 'Tier-höhle', 'instink-tiv, un-bewusst handelnd', etc.

Sudoku

A 9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers filled in, such as 4, 1, 6, 9 in the top row.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A 6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1 through 6 placed in specific cells along the diagonals.

Diagonalrätsel

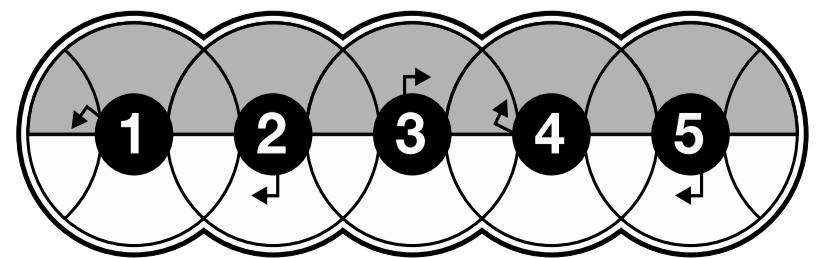
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Mantelformen.

- 1 bayerischer Kurort
2 schwarzes Ergussgestein
3 rührig, beweglich
4 Diener in englischen Häusern
5 ein Fisch, Wittling
6 Radzubehör

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Satzzeichen.

- 1 zweiteiliger Badeanzug, 2 Wickeltuch für Kleinkinder, 3 Ort, Platz, 4 Pflanzenteile, 5 Umstellvorrichtung bei Gleisen



Angekommen und integriert

Gerhart-Hauptmann-Haus präsentiert Ausstellung des Zentrums gegen Vertreibungen

Wer sich mit der Thematik der deutschen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg und den Problemen bei deren Integration in der Bundesrepublik Deutschland im Kontext der deutschen und europäischen Geschichte auseinandersetzt, steht sicherlich vor vielen Fragen. Da will man wissen: Wie war die Lage in Deutschland nach 1945? Aus welchen Herkunftsgebieten kamen die Vertriebenen? Waren die Neuankömmlinge immer und überall willkommen? Wie erfolgte die Integration? Welcher rechtliche Rahmen galt für die Eingliederung? Was sah die Charta der Heimatvertriebenen vor? Und schließlich gibt es auch die eine oder andere Frage nach dem „Heute“ der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler.

Kompetente Antworten in Form von detaillierten Hintergrundinformationen, historischen Fakten, Archivfotografien, Zeitzeugenberichten und Zeitungsdokumenten rund um das Thema Flucht und Vertreibung von bis zu 15 Millionen Deutschen sind bei einem Rundgang durch die Ausstellung des Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV) „Angekommen. Die Integration der deutschen Heimatvertriebenen“ zu finden.

Seit Mitte Januar und bis zum 11. April ist die als Wanderausstellung konzipierte Dokumentarschau im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus an der Bismarckstraße zu besichtigen. An der musikalisch umrahmten Eröffnungsveranstaltung im Eichen-dorff-Saal nahmen mehr als 100



Bildtafeln geben Auskunft: Die Ausstellung beleuchtet drei große Themenbereiche

Bild: D.G.

öffentlichen Bewusstsein erlangt hat, wie seit Jahrzehnten nicht. Hans-Günther Parplies wünschte der Ausstellung und ihren Begleitveranstaltungen im Gerhart-Hauptmann-Haus viele interessierte Besucher und einen nachhaltigen Erfolg.

Zu den Ehrengästen gehörte auch die BdV-Generalsekretärin Michaela Hriberski, die in ihrer Rede den Stellenwert der ersten Station der Wanderausstellung des ZgV im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus aufzeigte: „Das Land Nordrhein-Westfalen gehört nach den absoluten Zahlen mit Bayern und Niedersachsen zu denjenigen Ländern, die die meisten Flüchtlinge, Vertriebenen,

Aussiedler und Spätaussiedler aufgenommen haben. Deshalb ist es gut und wichtig, denjenigen Generationen, die diese Zeit nicht erlebt haben, zu vermitteln, was damals geschehen ist.“

Die Generalsekretärin des BdV sprach über die größte Zwangsmigration in der europäischen Geschichte, über das „unsichtbare Fluchtgepäck“ der Heimatvertriebenen und über die Eingliederung der Menschen, die aus dem historischen Ostdeutschland sowie aus ganz Mittel- und Osteuropa hierher verschlagen wurden. Hriberski schlussfolgerte: „Eines ist klar: Die Entwicklung unseres Landes nach nationalsozialistischer Unrechtherrschaft und

Krieg ist ohne die Aufbauleistungen der Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler undenkbar.“

Die Ausstellung zeigt anhand von informativen Text- und Bildtafeln in drei großen Abschnitten die Situation der Menschen in Deutschland von der Ankunft der Flüchtlinge über die Integrationsbemühungen der ersten Jahre durch die Wirtschaftswunderzeit bis hin zur Gegenwart. Beleuchtet werden verschiedene Lebenssituationen in den Besatzungszonen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die sich bereits in den 1950er und 1960er Jahren etablierende Erinnerungskultur der Vertriebenen. Vergegenwärtigt wird auch der schwierige Weg zum Miteinander der Vertriebenen und Alteingesessenen, wobei sogar der „Mythos: Angekommen?“ Erwähnung findet.

Im Kapitel „Neubeginn und Entwicklung“ werden „Organisieren und Improvisieren“ als das „Gebot der Stunde“ präsentiert. Das „Kollektive Erinnern“, das „Private Erinnern“ und die Bedeutung der Ostdeutschen Landesmuseen gehören zum Bereich, der das „Heute“ der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in den Fokus rückt.

Im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus findet ausstellungsbegleitend ein interessantes Kulturprogramm unter anderem mit einer Lesung von Arno Surminski (26. Februar), einer Buchvorstellung mit Professor Dr. Michael Schwartz (6. März) sowie einem Vortrag von Professor Dr. Matthias Stickler (11. April) statt.

Beim BdV-Buchdienst ist eine Katalog-Trilogie zu den Ausstellungen des Zentrums gegen Vertreibungen „Die Gerufenen“, „Erzwungene Wege“ und „Angekommen“ zu erwerben. *Dieter Göllner*

Für Versöhnung

Rauschenbach-Bücher in Kurganer Uni

Die Abteilung für fremdsprachige Literatur der Universitätsbibliothek von Kurgan hat einen Katalog der dort vorhandenen Bücher der bekannten Autorin Hildegard Rauschenbach herausgegeben. 2003 war man in der sibirischen Universität auf sie im Rahmen einer Forschungsarbeit mit dem Titel „Die Deutschen hinter dem Ural“ aufmerksam geworden. Damals war in Zeitungen des Kreises Kurgan bereits viel über Hildegard Rauschenbach veröffentlicht worden, denn bereits 2001 war ihr erstes Buch „Ich war verschleppt nach Sibirien“ in russischer Sprache erschienen. Zur Herausgabe war sie eigens nach Schadrinsk gereist und besuchte die Autozubehörfabrik, in der sie nach ihrer Verschleppung im Herbst 1944 als 18-Jährige dreieinhalb Jahre lang Zwangsarbeit unter erbärmlichen Umständen leisten musste. Die Fabrik stellte Fahrzeuge für die Front und auch Munition her.

In Schadrinsk hatte Rauschenbachs Buch für viele Diskussionen gesorgt und die Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Deutschen in Sibirien führte schließlich dazu, dass den verschleppten Frauen in Schadrinsk ein kleines Denkmal gesetzt wurde.

Dass man in Schadrinsk, dem Ort, an dem 250 000 Mädchen und Frauen unter Hunger, Kälte und harter Arbeit im Lager Nr. 6437 zu lei-



Hildegard Rauschenbach Bild: PAZ

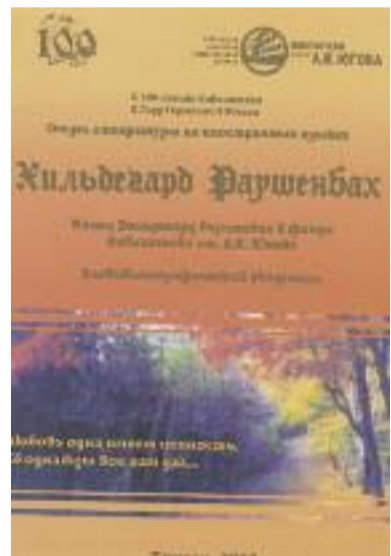
den erlittenen Qualen war sie ein lebensbejahender Mensch geblieben. Sie schaffte es, einen intensiven Kontakt zu Schadrinsk und den Menschen dort aufzubauen. In ihrem Lagerbericht schildert sie, dass immer wieder russische Menschen den Inhaftierten geholfen, ihnen Essen zugesteckt hatten, obwohl sie selber kaum etwas entbehren konnten. Dafür war

zung mit dem Schicksal der Deutschen in Sibirien führte schließlich dazu, dass den verschleppten Frauen in Schadrinsk ein kleines Denkmal gesetzt wurde.

In Deutschland wurde Hildegard Rauschenbach für ihren Einsatz für die Völkerverständigung und für ihr vielseitiges Engagement für ihre Heimat und den Erhalt

des Ostpreußischen Dialekts mehrfach ausgezeichnet: 2002 wurde ihr das Bundesverdienstkreuz verliehen, 2008 verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen ihr den Kulturpreis für Publizistik. Am 7. Februar 2010 erlag Hildegard Rauschenbach einer jahrelangen Krankheit, die sie als Spätfolge ihrer Haft in Sibirien befallen hatte. Nicht nur Ostpreußen, sondern auch Russen werden ihr ein ehrendes Andenken erhalten.

Manuela Rosenthal-Kappi



Titelseite des Katalogs Bild: PAZ

100 Gäste kamen zur Eröffnung

Gäste teil. Gruß- und Einführungsworte boten Helmut Harbich, der Vorsitzende des Vorstandes der Stiftung „Gerhart-Hauptmann-Haus. Deutsch-osteuropäisches Forum“, und Hans-Günther Parplies, der NRW-Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV). Parplies erinnerte daran, dass es für viele Betroffene eine späte Bestätigung und auch Genugtuung sei, dass das Thema „Vertreibung“ eine Intensität im

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 € (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Preußenprämie oder die Friedrichprämie.

Name/Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

Konto: _____ BLZ: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

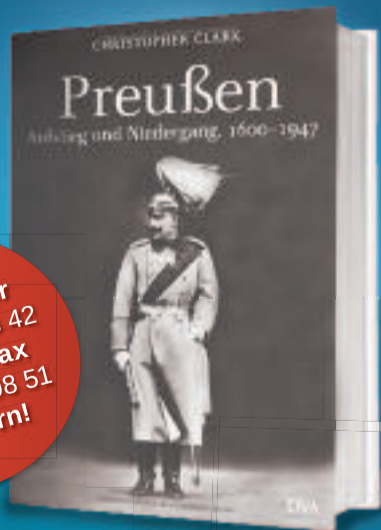
Preussische Allgemeine Zeitung - Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen Sie die PAZ im Jahresabonnement und sichern Sie sich damit eine unserer neuen Prämien!

Neue Preußenprämien im Jubiläumsjahr Friedrich des Großen

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!



Preußenprämie

Christopher Clarks neues Buch über Preußen ist eine hervorragende Darstellung über Aufstieg und Niedergang Preußens zwischen 1600 und 1947.

Ein fesselndes Werk, welches detailreich und lebendig die Historie des früheren Kurfürstentums und späteren Königreiches vorurteilslos erzählt. Ein Muss für jeden Preußenliebhaber.



Friedrichprämie: Gedenkmünze & Buch

Zum 300. Geburtstag von Friedrich II. schenken wir Ihnen beim Abschluss eines Jahresabos eine Biografie des berühmten Preußenkönigs und dazu eine Gedenkmünze



Gedenkmünze „Friedrich der Große“



Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Weißer Winter

Finnland im Winter ist unschlagbar – Wenn das Land vor Kälte erstarbt, kommen die Einheimischen erst richtig auf Touren

Die Finnen lieben die Extreme. Im Winter schwitzt die Nation erst in Saunen, um sich dann mit einem Sprung ins eiskalte Wasser abzuhalten. Keine Frage, die Nordländer lieben die kalte Jahreszeit. Zu Recht, denn wenn das Land unter einer dicken Schneedecke liegt, ist es besonders reizvoll.

Als die M/S „Finnlady“ nach einer ruhigen Fahrt über die Ostsee am Pier von Helsinki anlegt, fällt der Schnee in dichten Flocken. Er legt sich auf das Dach der alten Markthalle am Hafen und setzt der mächtigen Kuppel des Doms am Senatsplatz eine weiße Pudelmütze auf. Auch die majestätische Statue Zar Alexanders II. vor der Kirche trägt kaiserlichen Hermelin über ihrer strengen Uniform. Die 2012 zur Welt-Designhauptstadt gekürte finnische Metropole präsentiert sich im schönsten Winterdekor und lockt mit einem unerschöpflichen Angebot ebenso schöner wie origineller Kostbarkeiten aus Glas, Leder, Stoff und Holz.

„Weiße Nächte haben wir nicht nur zur Zeit der Mitternachtssonne im Sommer“, erklärt unsere Begleiterin Anu Koski. „Während der dunklen Jahreszeit in unseren Breiten ersetzt der Schnee mit seiner Helligkeit die Sonne.“ Während die Flocken treiben, fahren wir durch eine weiße Märchenlandschaft, in die Dörfer und Weiler wie mit einem Pinsel hineingetupft zu sein scheinen.

Auf unserem Weg in den äußersten Südwesten Finnlands streifen wir Ainola, eine finnische Seelenlandschaft. Gelegen an einem romantischen See, umgeben von verschneiten Feldern und Wiesen, liegt ein schlichtes Holzhaus, in dem der Komponist und Nationalheld Jean Sibelius bis zu seinem Tode im Jahr 1957 lebte und arbeitete. Warum, fragen wir erstaunt, erklingt denn hier keine Musik des Meisters, zum Beispiel die Fanfarenmelodie aus seinem berühmten sinfonischen Werk „Finlandia“?

„Das hätte der große Mann auf keinen Fall gewollt“, sagt die junge Frau am Eingang. Sibelius liebte die Stille, wollte eins sein mit der Natur. Selbst seine fünf Töchter durften den kostbaren



Haus am Stadtrand von Tampere: Im Hintergrund der zugefrorene Pyhäjärvi-See

Bild: Nicolas van Ryk/Visum

Steinway-Flügel im Salon nur bespielen, wenn ihr Vater das Haus verlassen hatte. Im Garten des Anwesens ist es ganz still. Nur hin und wieder ist der Schrei eines Vogels aus den Tiefen des Waldes zu hören.

Am frühen Morgen überqueren wir eine lange Hängebrücke, die die Enge des Sees Vanajavesi überspannt. Unweit des Ufers baute Emil Wikström, der bedeutendste Bildhauer der finnischen Nationalromantik, Anfang des 20. Jahrhunderts nach eigenen Entwürfen das einer mittelalterlichen Burg nachempfundene Studio mit Observatorium. „Dieses Haus wurde ganz aus Holz konstruiert und gilt als ein besonders schönes

Beispiel karelischer Architektur“, erklärt ein junger Student, der uns auf die vielen Jugendstilelemente in den Räumen hinweist. Die Skulpturen und Statuen des Künstlers schmücken Helsinkis monumentale Bahnhofshalle und

dern biegen sich unter den Schneemassen; die Holzhäuser am Wegesrand scheinen mit Zuckerguss überzogen. Nach Einbruch der Dämmerung erreichen wir Tampere. Elegante schlichte Lichterketten – Eiskristallen

Stubenhocker sind die Finnen nicht. Sie treiben bei Minustemperaturen draußen Sport

viele andere öffentliche Gebäude in ganz Finnland.

Am Nachmittag bricht die Sonne durch die graue Wolkendecke und taucht die winterliche Landschaft in goldenes Licht. Die Tannen in den umliegenden Wäl-

den – schmücken Straßen und Plätze der drittgrößten Stadt Finnlands mit ihren knapp 200 000 Einwohnern. Sehenswert sind die aus blau-graue Granit im Stil der Nationalromantik errichtete Domkirche (Tuomio-

kirikko) mit ihren bunten Mosaikfenstern sowie die KalevKirche aus dem Jahr 1960, deren 30 Meter hohes Schiff sich über die Dächer der Stadt erhebt.

Willkommen anschließend in der Weihnachtsstadt Turku! Hier, in der südwestfinnischen Region Varsinais-Suomi, ist der Legende zufolge Knecht Ruprecht zuhause, der, hoch auf seinem von Rentieren gezogenen Schlitten thronend, Geschenke an gottesfürchtige Menschen überall im Land verteilt. Und dies seit dem 13. Jahrhundert, als Turku, Finnlands älteste Stadt und einstige Kapitale, gegründet wurde. Das Stadtbild prägt der Aurajoki-Fluss an dessen Mündung die trutzige

mittelalterliche Burg liegt. Den schwedischen Eroberern waren bereits im 12. Jahrhundert Kaufleute gefolgt, die mit den Bewohnern der Küstenregion einen schwungvollen Handel trieben. Aus diesen Anfängen entwickelte sich ein Gemeinwesen, das mit der Jahreszahl 1229 in die Annalen des Landes einging. Seinerzeit verlegte Papst Gregor IX. den Bischofssitz an den Aurajoki, der im Volksmund kurz Aura heißt.

Vorsichtig tasten sich junge Leute Schritt für Schritt auf dem Aura voran. Er ist zwar schon mit einer dicken Eisschicht bedeckt, die allerdings noch an manchen gefährlichen Stellen brüchig ist. „In ein paar Tagen ist das Eis überall dick genug, dass man gefahrlos darauf Schlittschuh laufen kann“, prophezeit eine Stadtführerin. Denn im Februar haben wir immer anständig lange Kälteperioden, freut sie sich. Denn wenn es richtig kalt wird, bleiben die Finnen nicht in ihren vier Wänden. „Stubenhocker sind wir nicht“, lacht sie. Selbst bei Minustemperaturen trainiert ihr zehnjähriger Sohn auf dem Fußballfeld, das seit einiger Zeit sogar beheizt wird.

Das Herzstück Turkus bildet der imposante Dom, dessen mittelalterlicher Ursprung auf eine 1229 erbaute Holzkapelle zurückgeht. Obwohl jede Epoche noch Teile im jeweiligen Zeitgeist dazu baute, überwiegt der spätromanische Eindruck. In unmittelbarer Nähe des Domplatzes liegt die altherwürdige Universität, die gegen Mitte des 17. Jahrhunderts auf Betreiben der schwedischen Königin Kristina errichtet wurde, und einen Steinwurf weiter befindet sich ein bemerkenswertes Museum, das Jean Sibelius gewidmet ist.

Eine ganz wichtige Rolle im Leben der Stadt aber kommt dem Balkon am barocken Bürgerhaus auf dem Plispankatu 14 zu. Am 24. Dezember eines jeden Jahres wird hier von einem der Honoratioren Turku unter den traditionellen zwölf Schlägen der Glocken am Dom der Weihnachtsfriede über Stadt und Land verkündet. Ein wunderbarer Brauch, der allen Finnen seit jeher heilig ist.

Uta Buhr

Im Bauch der Weißen Spinne

Ganz hoch hinaus: Eine winterliche Zugfahrt zu Europas höchster Bahnstation am Schweizer Jungfrauoch

So stellt man sich den Himalaya vor. Ringsherum nichts als schneeweiße Berge, dünne Luft in 3000 Metern Höhe und die Bahn voller Asiaten. Doch wir befinden uns mitten in der Schweiz, genauer gesagt im Berner Oberland. Von Grindelwald aus wollen wir eine winterliche Zugfahrt zu Europas höchst gelegener Bahnstation machen. Das Ziel ist das Jungfrauoch in über 3500 Metern Höhe. Mindestens 300 Japaner und Chinesen haben das gleiche Ziel. In ihrer Heimat wird diese Tour als Touristenattraktion gepriesen ähnlich wie der Besuch von Neuschwanstein.

Die wenigen Deutschen im Zug sind eher an der Eiger-Nordwand interessiert, an der sich schon viele Bergsteigerdramen abgespielt haben. Die Zahnradbahn windet sich direkt unterhalb der imposanten Steilwand zur kleinen Scheidegg hinauf. Von dieser Mittelstation aus mit ihrem Almhofen starten die Eiger-Touren. Geradeaus geht es über den Berggänger hinab zur autofreien Station Wengen, wo erst Mitte Januar das

berühmte Lauberhornrennen der Ski-Elite stattgefunden hat.

Wir aber biegen links ab direkt auf den Eiger zu, wo die Bahn nach kurzer Fahrt aufwärts im Berg verschwindet.

Vor rund 120 Jahren hatten die Schweizer die fixe Idee, eine Seilbahn zu dem 4150 Meter hohen Jungfrauipfel zu bauen. Dann entschloss man sich doch lieber zu einer günstigeren Zahnradbahn, die mitten durch den Eiger führt und auf dem Berggrat zwischen Mönch und Jungfrau endet. 1896 begann man mit dem Unternehmen und tat das, wofür die Schweizer nicht nur für ihren löchigen Käse bekannt sind: Man durchbohrte die Berge. Mit Unmengen an Dynamit sprengte man sich sieben Kilometer weit durch den Eiger. Katastrophen blieben dabei nicht aus. Bei einer Explosion verloren sechs italienische Arbeiter ihr Leben. Trotzdem kam das Projekt rasch voran, und am 1. August vor 100 Jahren wurde der Betrieb aufgenommen. Auf 2860 Metern Höhe macht der Zug mitten im Eiger-Tunnel

halt. Denn hier hat man dicht an der Nordwand gesprengt und mitten an der Steilwand Panoramafenster angebracht. Nur wer schwindelfrei ist, traut sich den Blick in den klaffenden Abgrund Richtung Grindelwald. In der Nähe befindet sich ein Stollenausgang zur Wand. Von hier aus sind schon viele Rettungsaktionen

zu Bergsteigern angelaufen, die an der „Mordwand“ in Not waren. In Erinnerung bleiben die 30er Jahre, als es einen Wettlauf um die Erstbesteigung des Eigers von der Nordwand aus gab. Von der Westflanke her ist der Eiger schon 1858 bestiegen worden. Ein Spaziergang im Vergleich zu der 1650 Meter senkrecht herabfallenden

Nordwand, deren bergsteigerische Herausforderung bislang über 50 Menschen das Leben gekostet hat. Das größte Drama fand 1936 statt, als vier Bergsteiger nach einem Wettersturz an der Wand erfroren waren. Die vom Stollengang herbeigeeilten Retter sahen nur zwei Meter über sich den jungen Toni Kurz noch lebend am Seil baumeln. Sie konnten ihn nicht erreichen. „Ich kann nicht mehr“, waren seine letzten Worte. Zwei Jahre später gelang einer Seilschaft mit Heinrich Harrer die Erstbesteigung über die legendäre Route entlang des „Bügeleisens“, des „Todesbühnen“, des „Götterquergangs“ und des Schneefelds „Weiße Spinne“ in drei Tagen. 2008 schaffte der Schweizer Ueli Steck das Kunststück in knapp drei Stunden – solo und ohne Seilsicherung.

Wir fahren weiter durch den Tunnel, und nach einem Zwischenstopp an der Station Eismeer, wo man zwischen Eiger und Mönch die Eignungsfähigkeit auf die Gletscherwelt hat, geht es weiter zum Jungfrauoch.



Blick aus 3571 Metern Höhe: Am Jungfrauoch

Bild: tws

Hier in 3500 Metern Höhe ist Endstation von Europas höchster Bahnlinie. Per Lift geht es noch ein paar Meter höher zu den Souvenirshops und Fast-Food-Ständen, die sofort von den Asiaten bevölkert werden. Wir aber gehen weiter zur Aussichtsplattform, von der man nach Norden hin einen tollen Blick auf den Thuner- und den Briener See hat und nach Süden auf Europas größten Gletscher, den Großen Aletsch. Eiger und Mönch auf der einen und Jungfrau auf der anderen liegen zum Greifen nah.

Minus 17 Grad zeigt das Thermometer, Zeit, sich drinnen aufzuwärmen. Schilder ermahnen, langsam zu gehen. Offenbar gibt es Übermütige, die in der dünnen Luft ihren Kreislauf überschätzen und dann kollabieren. Die Japaner tun das Richtige. Wie auf Kommando halten sie ein kollektives Nickerchen, um nach einer Viertelstunde wieder mit der Jungfrauoch zurückzufahren. Für sie war es ein touristisches Pflichtprogramm, für uns ein unvergessliches Erlebnis. Harald Tews

Sing, sing, was geschah

Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen...



reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladenrichtung...

Strichen zeichnend ganze Lebensbilder entstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis...

das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit...

Gesamt: 66 min, 29 Lieder Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987 Best.-Nr: 7203

€ 12,95



Der Deutsche Osten in alten Bildern Eine einzigartige filmische Reise Laufzeit: ca. 65 min. Best.-Nr.: 7207, € 9,95

Januarangebot gültig bis 31. 01. 2013

Zogen einst fünf wilde Schwäne

24 Lieder aus Ostpreußen Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke...



Best.-Nr.: 6934 Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite

statt € 12,95 nur € 9,95

Kurt von Tippelskirch Geschichte des Zweiten Weltkriegs

General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges...



Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstablers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges“ wider...



Gertrud Höhler Die Patin Wie Angela Merkel Deutschland umbaut Geb., 296 Seiten Best.-Nr.: 7198, € 21,95



Heinz Buschkowsky Neukölln ist überall Deutschlands bekanntester Bürgermeister redet Klartext. Geb., 400 Seiten Best.-Nr.: 7201, € 19,99



Sommer in Ostpreußen 1942 In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort. Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm, Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten...



Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt...

statt € 12,95 nur € 9,95



Die Welt aus den Fugen Betrachtungen zu den Wirren der Gegenwart Die Weltpolitik gleicht derzeit einem aufziehenden Gewittersturm...

lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preussischen Mediendienstes!

nem neuen Buch die Brennpunkte der aktuellen Weltpolitik. Der Abzug der USA aus dem Irak und Afghanistan hinterläßt zerrüttete Staaten...



Geb., 400 Seiten Best.-Nr.: 7212

€ 24,99



Jan T. Gross Angst Antisemitismus nach Auschwitz in Polen Geb., 453 Seiten Best.-Nr.: 7211, € 26,95



Alfred de Zayas Verbrechen an Deutschen Deportation, Zwangsausiedlung u. ethnische Säuberung Laufzeit: ca. 92 Min. Best.-Nr.: 7129, € 9,95

Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts

Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 mit der Aufgabe eingerichtet...



Alfred M. de Zayas Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage Best.-Nr.: 2335

€ 29,80

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel Best.-Nr.: 7091



€ 19,95

Die schönsten Volkslieder

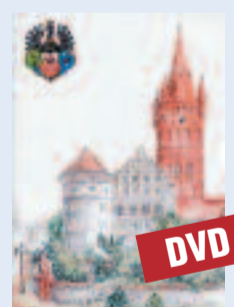
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig...



13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min Mit allen Liedertexten im Beiheft Best.-Nr.: 6893

€ 14,95



Das war Königsberg Erleben Sie das unzerstörte Königsberg Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs Best.-Nr.: 4470, € 19,00

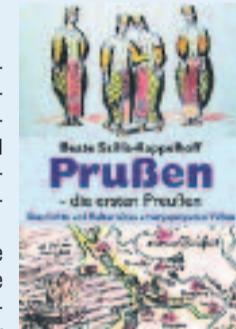


Siegfried Henning Krieg frisst Heimat auf Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen Best.-Nr.: 3372

statt € 19,00 nur noch € 12,95

Prußen - die ersten Preußen

Beate Szillis-Kappelhoff Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Preußen...



Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen Best.-Nr.: 7209

€ 19,80

Pro Patria, Märsche und Lieder

1) Gaudemus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26 3) Die Wacht am Rhein 4:16 4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29 5) Lied der Franken 2:09 6) Alte Kameraden 3:03 7) Siebenbürgenmarsch 3:19 8) Der Coburger 3:24 9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31 10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44 11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48 12) Freiheit, die ich meine 2:17 13) Ich hab mich ergeben 1:19 14) Ich hatt einen Kameraden 4:02 15) Kreuzritter-Fanfare 2:07 16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52 18) Helenenmarsch 2:12, 19) Marsch aus Petersburg 2:14 20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59 21) Althessischer Reitermarsch 2:13



€ 17,95

22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16 23) Der große Zapfenstreich 11:32 24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52 Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preussischer Mediendienst Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3,50, ab einem Bestellwert von € 80,00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon form with columns for Menge, Best.-Nr., Titel, Preis and fields for Vorname, Name, Straße, PLZ/Ort, Ort/Datum, Unterschrift.

